

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Miffringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Druckanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abzahlung beiderseits 4 Wochen vor dem Anzeigenschluss, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 3. Juli 1931

Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Die Weltanschauung des Imperialismus.

Zur Internationalen Kolonialausstellung in Vincennes.

SPD. In jenem Saal der Kolonialausstellung, der die Etappen der "Pazifizierung" Marokkos vorführt, prangt ein Wort des Marschalls Lyautey, des Schöpfers dieser Schau, als Wandspruch: "Der Kolonialkrieg ist dazu da, Aufbau zu hinterlassen und nicht Trümmer". Wenn schon dem gegen Eingeborene gerichteten Schnellfeuergeschütz und Maschinengewehr so segensreiche Wirkung zugeschrieben wird, verkündet die Exposition Coloniale auf Schritt und Tritt das Lob der Kolonialpolitik im Ganzen: sie erscheint als der wahre Wettbewerb der europäischen Staaten in den Werken des Fortschritts und Friedens.

Nun ist der Wilde, der im Urstand der Natur als in einem Paradiese lebt, eine Erfindung des von der Zivilisation angewiderten Rousseau. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen vollzieht sich auf niedriger Entwicklungsstufe unter noch grausameren Formen als in unseren zivilisatorischen Breitengraden, und wo der weisse Mann, getrieben durch Gewinn gier und Abenteuerlust, unter fremden Sternen auftauchte, ging er doch im eigenen Interesse bald zur Ausrottung der Sklaverei und zur Bekämpfung der Seuchen über; wie die moderne Kolonialpolitik der Pest, der Lepra, der Schlafkrankheit, dem Sumpffieber, dem Typhus, der Syphilis Fussbreit um Fussbreit Boden abgerungen hat, wird in der Ausstellung von Vincennes durch Ziffern und Tabellen deutlich gemacht, und auch dem Aberglauben und der Unwissenheit rückt sie auf den Leib: mit besonderem Stolz wird betont, dass sich das Gesamtbudget für Indochina in den letzten zwanzig Jahren verdreifacht, die Ausgaben für Unterrichtszwecke aber verzehnfacht hätten; immerhin 450 000 Kinder lernen schon Lesen und Schreiben.

In der Tat braucht sich Frankreich nicht vor den andern kolonisierenden Staaten zu verstecken. Jener auf die Hautfarbe gegründete Rassendünkel, der den Angelsachsen auf Farbige als auf ewig minderwertige Wesen herabsehen lässt ist dem Franzosen fremd. In der Kammer sitzen Schwarze als Abgeordnete der sogenannten alten Kolonien, und niemand wundert sich, dass ein Vollblutneger vom Senegal, Monsieur Diagne, mit einer blonden Französin aus der Gegend von Orleans verheiratet ist und das hohe Amt eines Unterstaatssekretärs für die Kolonien bekleidet. Während unserem akademischen Nachwuchs das Gehirn mit dem blödesten Rassenwahn verkleistert wird, gedeiht bei unseren westlichen Nachbarn die Erkenntnis, dass das Französentum nicht einen Rasse-, sondern einen Kulturbegriff von gewaltiger Anziehungskraft darstellt. Franzose ist, wer es sein will, wer sich mit der Sprache und dem Geist Frankreichs durchdringt. Darum träumt der französische Imperialismus davon, die Kolonien mit dem Mutterland zu der Einheit des "grösseren Frankreich" zu verschmelzen, zu einem Amalgam der Kulturen, bei dem das Französische die Grundfarbe, das Arabische, das Madagassische, das Anamitische die Ergänzungsfarbe abgibt, und nicht nur berufsmässige Lobredner der Regierung, sondern auch die Partei Léon Blums erkennt an, dass die französische Kolonialpolitik sich in vielem vorteilhaft

von der anderer Staaten unterscheidet; auch ein deutscher Sozialdemokrat, Otto Graf, bestätigt in seinem ebenso gescheiten und eindringlichen wie farbigen und funkelnden Buch "Die marokkanische Mauer" (Büchergilde Gutenberg, Berlin 1930), dass Frankreich in Marokko "nach allgemeinen europäischen Begriffen eine ausserordentliche Kulturarbeit geleistet" habe, und dass seine Politik "klüger, sachlicher und gerechter" sei als etwa die Spaniens.

Aber Kolonialpolitik bleibt Kolonialpolitik. Was heisst Kolonisierung? Vor vier Jahren auf dem Brüsseler Kongress der farbigen Ankläger des Imperialismus gab der Sprecher der Negerrasse die bündige Antwort: "Die Vergewaltigung des Rechts eines Volkes, über sich selbst zu verfügen, wie es das versteht und wünscht". Von dieser Schattenseite der Kolonialpolitik zeigt die Ausstellung nichts. Es fehlt die breite Spur von Blut und Schmutz, die sich durch die Geschichte auch der französischen Kolonialpolitik zieht. Es fehlt unter der reichlich ausgelegten Propagandaliteratur der von einem Neger über Neger geschriebene, vor einem Jahrzehnt mit dem Goncourt-Preis gekrönte Roman "Batuala" von René Maran, dessen Geleitwort die Zivilisation anredet: Du bist die Gewalt, die vor Recht geht! Es fehlt in der Fülle der Statistiken eine graphische Darstellung der Verheerungen, die der Hunger unter französischer Flagge in Aquatorialafrika anrichtet. Es fehlt jeder Hinweis auf die Unzufriedenheit in Tunesien, die Gärung in Madagaskar, die Revolution in Anam. Es fehlt vor dem Tempelwunder von Angkor die Guillotine, die im vergangenen Jahr in Indochina zweiunddreissig eingeborenen "Aufführern" die Köpfe abschnitt. Ach, es fehlt so vieles, was allerdings nicht danach angetan wäre, beim biederen Bürger Kolonialfreudigkeit zu wecken.

Die offizielle Pariser Politik ist, wenn die Unruhen in Uebersee aufs Tapet kommen, sehr schnell mit der Erklärung: Moskau! bei der Hand. Aber so sicher die bolschewistische Propaganda auch die Erbitterung der farbigen Völker gegen die weissen Herren als Hebelpunkt der Weltrevolution betrachtet, so sicher hat diese Erbitterung höchst greifbare Ursachen. Wo verrät uns die Ausstellung etwas von der fluchwürdigen Vertragssklaverei in den Kolonien? Wo nur ein Sterbenswörtchen davon, dass keine Sozialgesetzgebung die Eingeborenen vor der schamlosen Ausquetschung durch weisse Profitjäger schützt? Wo auch nur eine Silbe darüber, dass in Indochina die Maschinenarbeit sehr langsam und zögernd eindringt, weil vorderhand Frauen- und Kinderarbeit so viel billiger ist? Wo findet sich neben anderen freilich erbaulicheren Wandsprüchen das Wort des sozialistischen Abgeordneten Frossard, der unlängst die Befürchtung aussprach, dass: "unsere französische Herrschaft in Indochina gefährdet ist".

Jawohl, ob auch abends die Expedition Coloniale von Gedudel, Getrommel, Gesang und Geblöte widerhallt, so vermag all das doch nicht das Knacken zu übertönen, das auch im Gebälk des französischen Kolonialimperialismus hörbar wird. Der Glanz, der unleugbar über der Ausstellung von Vincennes liegt, ist vielleicht nichts anderes als die Abenddämmerung der europäischen Kolonialpolitik überhaupt. Die grosse Auseinandersetzung der Farbigen mit den Weissen steht vor der Tür. Wohl dem Lande, das da nicht mit Kolonien belastet ist!

Hermann Wendel.

SPD. Paris, 3. Juli (Eig. Drahtb.)

Ministerpräsident Laval, Briand und Flandin führten am Freitag-Vormittag eine Besprechung über den Stand der französisch-amerikanischen Verhandlungen, in der Finanzminister Flandin über das Ergebnis seiner letzten Unterredung mit Schatzsekretär Mellon und dem Botschafter Edge Bericht erstattete.

In politischen und parlamentarischen Kreisen ist man hinsichtlich des Ausgangs der Verhandlungen weiter optimistisch. Die englische Idee der Einberufung einer Konferenz der hauptsächlichsten Signatarmächte des Young-Plans scheint, wenigstens für den Augenblick, aufgegeben zu sein, dürfte aber später wieder aufgenommen werden. Eine derartige Konferenz wird jetzt von der französischen Presse stark befürwortet.

SPD. Der von uns angekündigte neue Schiesserlass des preussischen Innenministers hat folgenden Wortlaut:

"Die Vorschriften über den Waffengebrauch geschlossen eingesetzter Polizeikörper und einzelner Polizeibeamten reichen sowohl zum Schutz des einzelnen Beamten wie zur Durchsetzung der Staatsautorität gegenüber tätlichem Widerstand aus. Wenn in Einzelfällen ein anderer Eindruck entstanden ist, so kann das nur auf mangelnder Kenntnis oder auf Unsicherheit in der Auslegung der Vorschriften beruhen. Ich bemerke daher, dass jeder Führer einer zusammengefassten Polizeimannschaft und jeder einzelne Beamte zur Brechung tätlichen Widerstandes oder zur Abwehr eines Angriffs mit Waffen oder gefährlichen Werkzeugen oder einer Bedrohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben der Beamten oder der ihrem Schutz anvertrauten Personen das Recht zum Gebrauch auch der Schusswaffe hat. Wenn ein früherer Erlass die Abgabe von Schreckschüssen für zulässig erklärt, so darf das nicht dazu führen, dass auch in den vorgenannten Fällen nur noch Schreckschüsse abgegeben werden und die scharfe Anwendung der Schusswaffe unterbleibt. Der selbstverständlichen Pflicht zu einer möglichst schonenden Anwendung der Waffe steht gegenüber die Sorge um das Leben und die Gesundheit der Polizeibeamten und die Pflicht zur unbedingten Aufrechterhaltung der Staatsautorität."

Der Minister schliesst seinen Erlass mit den Worten: "Ich werde daher keinem Beamten, der auf Grund dieser Bestimmungen von seinen Waffen Gebrauch macht, meinen Schutz versagen. Die Beamten sind auf das Genaueste über ihr Recht und ihre Pflicht zum Waffengebrauch zu unterrichten."

SPD. München, 3. Juli (Eig. Drahtb.)

Mit seiner Beleidigungsklage gegen die "Münchener Post" hat Schwulitäten-Röhm zunächst kein Glück. Nach einer Verfügung des Präsidenten des Münchener Amtsgerichts wird mit dem Verfahren und der Entscheidung über die Beleidigung solange gewartet, bis die gegen Röhm von der Staatsanwaltschaft eingeleitete Untersuchung wegen Vergehens nach § 175 beendet ist.

Hitler hat inzwischen bei der Polizei die weitere Duldung des Postenstehens vor dem Braunen Hause wenigstens bis auf weiteres durchgesetzt. Angeblich hat er eine Feststellungsklage angestrengt, durch die eine Entscheidung darüber getroffen werden soll, ob ein Verbot gegen Aufstellung von Ordnungsleuten in Uniform auf parteieigenem Grund und Boden rechtswirksam ist. Bis diese Klage durchgeführt ist, dürfen die Braunhemden mit Genehmigung der Polizei hinter den Gartengittern des Palais Posten stellen. Der äussere Erfolg der Aktion ist zunächst der, dass das Haus jetzt den ganzen über von jugendlichen Hakenkreuzlern umlagert ist, sodass die Polizei Mühe hat, die Strasse für den Verkehr freizuhalten.

Für Sonnabend und Sonntag sind wiederum in einer Reihe bayerischer Bezirksämter (Bayreuth, Würzburg, Pirmasens, Bergzabern und Germersheim) die öffentlichen Nazikundgebungen verboten worden.

SPD. Liegnitz, 3. Juli (Eig. Drahtb.)

Das Erweiterte Liegnitzer Schöffengericht verurteilte den Nazi-Hetzapostel Friedrich Wilhelm Lött aus Lüneburg wegen Beleidigung zu 400 Mark Geldstrafe.

Lött hatte in der Zeit vom 22. Oktober bis 19. Dezember 1929 in Naziver-sammlungen seinen Hörern die üblichen schamlosen Schmähungen führender Männer der Republik vorgesetzt. Es wurden ihm Beleidigungen in 12 Fällen zur Last gelegt. Ueber den früheren preussischen Innenminister Grzesinski hatte er

das längst widerlegte Märchen von seiner jüdischen Abstammung verbreitet und im jüdischen Jargon von seinem Heidschnuckenfell, seinen Plattfüßen, krummen Beinen, Hängebauch, und wunderlichem Geruch gesprochen, sodass er bei der Landung mit dem Zeppelin in Amerika gleich einen Kinnhaken bekommen habe, weil man nicht geglaubt habe, dass so ein Preusse aussehe. Den Oberpräsidenten der Provinz Niederschlesien Lüdemann bezeichnete Lött wider besseres Wissen als Vollblutjuden. Lüdemann habe, wie die anderen Juden, nur in seine Tasche gewirtschaftet und müsse beseitigt werden. Den Reichswehrminister Groener und den Chef der Heeresleitung Heye soll Lött als Reichsjammerführer bezeichnet haben. Von dem Berliner Polizei-Vizepräsidenten Weiss hatte Lött erklärt, er sei ein plattfüßiger Jude und er würde ihn gerne aufbaumeln, wenn er nicht die beste Propaganda wäre.

Der Staatsanwalt bezeichnete die Verleumdungen des Lött als schamlose Gemeinheiten und beantragte, da eine Geldstrafe nie ihren Zweck erreichen könne, 6 Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Beleidigung Grzesinskis zu 300 Mark Geldstrafe und wegen Beleidigung von Dr. Weiss zu 100 Mark Geldstrafe oder 40 Tagen Gefängnis. Im Fall Groener und Heye wurde der Hetzer freigesprochen. Im Falle Lüdemann wurde die Entscheidung vertagt.

SPD. Köln, 3. Juli (Eig. Drahtb.)

Am Freitag-Vormittag kam es vor der Kölner Universität wieder zu einem Demonstrationsversuch nationalsozialistischer Studenten. Die Polizei schritt ein und machte dem Spuk bald ein Ende. Im Universitätsgebäude wurde ein jüdischer Student niedergeschlagen.

SPD. Eisenach, 5. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Redakteur der sozialdemokratischen "Eisenacher Volkszeitung" Schrot wurde am Freitag von der Strafkammer des Eisenacher Landgerichts wegen Beleidigung des Eisenacher Oberbürgermeisters Jansson zu einer Geldstrafe von 50 Mark evtl. 5 Tagen Gefängnis, verurteilt. Das Gericht hatte sich, nachdem es in derselben Sache schon einmal auf Freispruch erkannt hatte, auf Grund eines Urteils des Reichsgerichts noch einmal damit zu befassen. Der Tatbestand ist folgender :

Der Oberbürgermeister von Eisenach suchte seinerzeit einen national zuverlässigen Kriminalkommissar. Damals meldete sich u.a. ein Kriminalkommissar Machts, der seine Unterhaltung mit dem Oberbürgermeister der Öffentlichkeit zur Kenntnis brachte. Wegen dieser Veröffentlichung wurde Schrot zu einer Gefängnisstrafe von 1 Monat verurteilt. Dieses Urteil ist inzwischen rechtskräftig geworden. Auf diese Angelegenheit nahm Oberpräsident Hörsing während einer Kundgebung, die gegen das Regime Frick veranstaltet wurde, im März vorigen Jahres Bezug und sagte, auch Jansson habe ein berühmter Mann werden wollen. Die Eisenacher Reichsbannerkameraden sollten Jansson grüssen und ihm sagen, er solle seinen Schnabel halten, sonst kriege er etwas drauf für sein dummes Geschwätz. Wegen der Veröffentlichung dieser Ausführungen kam es jetzt zu dem oben wiedergegebenen Urteil.

SPD. Dresden, 3. Juli (Eig. Drahtb.)

Um die gefährdete Wasserversorgung Mittelsachsens, d.h. des Gebietes zwischen Pirna und Meissen einschliesslich der Grosstadt Dresden sicherzustellen, soll eine staatlich-städtische "Wasserversorgung Mittelsachsen A.G." in Dresden mit einem Kapital von zunächst 1 Million gegründet werden.

Der Staat bringt in diese Gesellschaft verschiedene seiner Talsperren ein. Die Wasserversorgung kann durch diese alten und neuen Talsperren sowie durch verschiedene Neubauten von 250 auf 1250 Liter in der Sekunde erhöht werden. Die Gesamtkosten belaufen sich auf etwa 28 Millionen, wovon zunächst etwa 23 Millionen erforderlich werden. Sie sollen teils durch das Grundkapital der Gesellschaft und durch ein Darlehen der Dresdener Werke A.G., teils aus Mitteln werteschaffender Arbeitslosenfürsorge aufgebracht werden. Die Bauzeit soll sich auf etwa 1½ Jahre belaufen. Es werden etwa 500 bis 1000 Arbeiter Beschäftigung finden.

Die sächsische Regierung hat beim Landtag inzwischen die Genehmigung zur Beteiligung an der Gesellschaft mit einem Kapital von zunächst 500 000 Mark beantragt. Das Gesamtkapital von anfangs 1 Million soll später auf 15 Millionen erhöht werden.

SPD. Braunschweig, 3. Juli (Eig. Drahtb.)

Das Braunschweiger Polizeipräsidium hat am Freitag alle Umzüge unter freiem Himmel und alle Versammlungen bis auf weiteres verboten. Damit ist auch der Gautag des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, der am 17. und 18. Juli in Braunschweig stattfinden sollte, unmöglich gemacht. Gegen das Verbot ist sofort Beschwerde beim Reichsinnenminister eingelegt worden.

SPD. Sofia, 3. Juli (Eig. Drahtb.)

In der südbulgarischen Stadt Stambul, in der sich tausend Textilarbeiter im Ausstand befinden, kam es zwischen Streikenden und der Polizei zu blutigen Zusammenstößen. Als die Arbeiter wegen der Misshandlung streikender Kollegen durch Polizeibeamte entgegen dem Verbot eine Demonstration veranstalten wollten, attackierte verrittene Polizei die Menge und gab mehrere Schüsse ab. Zwei Arbeiter und zwei Frauen wurden schwer und zahlreiche leicht verletzt. Ein Teil der Polizeibeamten wurde durch Steinwürfe verwundet. Erst nach dem Einschreiten von Militär konnte die Ruhe wiederhergestellt werden.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 5. Juni 1931 ist ab 1. Juli 1931 bei allen Arbeitnehmern, bei denen auch Lohnsteuer einzubehalten ist, neben der Lohnsteuer eine Krisenlohnsteuer einzubehalten. Das nähere hierüber ergibt sich aus den Durchführungsbestimmungen über die Krisenlohnsteuer. Um den Arbeitgebern die Erhebung der Krisenlohnsteuer zu erleichtern, werden amtliche Tabellen herausgegeben, aus denen die für den jeweiligen Lohnzahlungszeitraum einzubehaltende Krisenlohnsteuer für alle Lohnsteuerpflichtigen ohne weiteres abgelesen werden kann.

SPD. Frankfurt/M., 3. Juli (Eig. Dr.)

Das Schöffengericht Limburg verurteilte den Speiseeishändler Werner, der sich in Naziversammlungen als "Referent Professor Werner" ankündigen liess, wegen Vergehens gegen das Republikenschutzgesetz zu 4 Monaten Gefängnis. Werner hatte die "demokratische Republik einen Misthaufen" genannt. Das Gericht lehnte Strafaussetzung ab, weil der Angeklagte nicht aus idealen, sondern aus gewinn-süchtigen Motiven als nationalsozialistischer Agitator Deutschland bereise. Werner ist unterdessen als Ausländer - er stammt aus Hitlers Heimat - aus Preussen und Hessen ausgewiesen worden und hat sich nach Thüringen zurückgezogen.

SPD. London, 3. Juli (Eig. Drahtb.)

Im Unterhaus, wo am Freitag-Nachmittag das Budget verabschiedet wurde, äusserte sich Schatzkanzler Snowden über den Stand der französisch-amerikanischen Verhandlungen wie folgt :

"Ich hoffe jeden Tag zu hören, dass die Parteien, die in Paris unterhandeln, eine befriedigende Regelung erzielt haben, aber die letzte Nachricht ist noch nicht zufriedenstellend. Die englische Regierung, das Unterhaus und, ich glaube, das ganze Land sind durchaus bereit, die Opfer auf sich zu nehmen, die zu tragen wir uns schon bereit erklärt haben. Aber die Regierung wird nicht willens sein, weitere Opfer zu bringen, wenn nicht die anderen am Hoover-Plan interessierten Mächte bereit sind, in entsprechender Weise mitzuarbeiten."

Snowden sagte ferner, dass der Moratoriumvorschlag Hoovers eine einigermaßen schwierige Budgetlage für England geschaffen habe. So willkommen der Vorschlag als eine Tat der Staatsklugheit auch sei, so habe er doch eine komplizierte Situation bezüglich des Fonds für den Schuldendienst geschaffen.

SPD. Der Durchführungsentwurf für den Freiwilligen Arbeitsdienst wird am kommenden Dienstag den Spitzenorganisationen, die als Träger des Dienstes in Frage kommen, zur Besprechung vorgelegt werden. Es handelt sich zunächst nur um einen Referentenentwurf. Der Entwurf gliedert sich in fünf Teile. Der erste Teil regelt Personenkreis und Verfahren, der zweite die Vorschriften der Sozialversicherung und des Arbeitsschutzes, der dritte die Verpflichtung der Gemeinden zur Gewährung von Unterkunft und Verpflegung, der vierte die Erleichterung der Siedlung und der fünfte die Ueberwachung der Arbeiten durch die Arbeitsämter. Der Inhalt lautet im wesentlichen folgendermassen :

Die Unterstützung kann einheitlich auf höchstens 2 Mark pro Wochentag für eine Dauer von höchstens 20 Wochen festgesetzt werden, auch wenn hierdurch von den sonst geltenden Bestimmungen über Höhe und Dauer der Unterstützung abgewichen wird. Nach Ablauf der 20 Wochen kann der einheitliche Unterstützungsbetrag nur noch für diejenigen Arbeitsdienstwilligen, die noch auf die versicherungsmässige oder die Krisenunterstützung Anspruch haben, bis zur sonst zulässigen Höchstdauer weiter gezahlt werden. Die Unterstützung kann statt an den Arbeitsdienstwilligen an den Träger der Arbeit gezahlt werden, auch vor-schussweise für höchstens eine Woche. Die Weitergabe kann in Sachleistungen erfolgen. Der Unterstützungsbezug des Arbeitsdienstwilligen wird auf die sonst zulässige Unterstützungsdauer angerechnet. Von den regelmässigen Meldungen beim Arbeitsamt können die Arbeitsdienstwilligen befreit werden. Wenn Arbeitsgruppen für politische oder staatsfeindliche Zwecke missbraucht werden, dürfen keine Mittel gewährt werden. Ob eine Arbeit als freiwilliger Arbeitsdienst gefördert werden kann, entscheidet der Vorsitzende des zuständigen Landesarbeitsamtes, in Grenzfällen der Präsident der Reichsanstalt. Mit dem Beginn des Arbeitsdienstes ist für die Gewährung der Unterstützung das Arbeitsamt des Bezirks zuständig, in dem die Arbeit ausgeführt wird. Das Arbeitsamt muss nach möglichst frühzeitiger Ankündigung den Arbeitsdienstwilligen ab-rufen, wenn es ihm eine Arbeitsstelle vermitteln kann. Die Kranken- und Un-fallversicherung, der Jugend- und Frauenschutz sowie die Arbeitszeitbestim-mungen werden im wesentlichen wie bei einer gleichartigen anderen Arbeit durchgeführt. Zur Erleichterung der Siedlung kann den Arbeitsdienstwilligen, die während einer Dauer von mindestens 12 Wochen beschäftigt worden sind, ein Betrag von 1,50 Mark für jeden Wochentag der Beschäftigung fortlaufend gutge-schrieben werden, und zwar nur auf Antrag bis spätestens innerhalb eines Mo-nats nach Abschluss der Beschäftigung.

+ + +
Für das Luftschloss des Freiwilligen Arbeitsdienstes wird hier ein Funda-ment zu legen versucht. Am problematischsten erscheint der Siedlungsplan. Wenn

etwas Vernünftiges dabei herauskommen soll, dann müssten ganz andere Beträge gutgeschrieben werden als 1,50 Mark. Woher aber das Geld nehmen? Das Reich kann sich das einfach nicht erlauben. Und Land geben? Was soll der Siedlungsfreudige mit irgendeinem Fetzen Land? Ein Stück Land ist noch lange keine Siedlung. Um es dazu zu machen, wären wieder Gelder notwendig.

Die Gefahr der Lohnunterhöhung und der Schmälerung des Verdienstes kleiner Unternehmer bleibt nach wie vor bestehen. Ebenso die Gefahr, dass der Dienst für politische oder staatsfeindliche Zwecke missbraucht wird. Wichtig ist, dass einem Arbeitslosen, der eines Tages den freiwilligen Arbeitsdienst satt hat und den Spaten hinwirft, deswegen nicht einfach die Unterstützung gesperrt werden darf. Eine solche Sperrung liefe auf Arbeitszwang hinaus.

SPD. London, 3. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Arbeiterregierung hat dem Unterhaus ein Gesetz vorgelegt, das eine Regelung der Arbeitszeit und der Löhne im Kohlenbergbau für 12 Monate vorsieht. Das Gesetz muss bis Dienstagabend verabschiedet sein, da das gegenwärtig gültige Gesetz am Mittwoch abläuft.

Die seit Wochen hin- und hergehenden Verhandlungen zwischen Bergarbeitern, Grubenbesitzern und der Regierung haben zu keiner Einigung geführt, sodass die Regierung den Parteien ein Kompromiss unterbreitete, das inzwischen von den Arbeitern angenommen worden ist. Die Grubenbesitzer kündigen dagegen an, dass sie alles tun werden, um die Verabschiedung des Gesetzes zu verhindern. Das Kompromiss-Gesetz bestimmt, dass der $7\frac{1}{2}$ -Stundentag 12 Monate länger in Kraft bleibt, jedoch ohne die bisher übliche Verteilung auf die 90-Stundendoppelwoche. Während dieser Zeit werden die bestehenden Löhne der Arbeiter garantiert. Sollte jedoch die Genfer Konvention noch in diesem Jahr von der englischen Regierung ratifiziert werden, so würde ihr entsprechend der $7\frac{1}{4}$ -Stundentag eintreten.

SPD. Hitler hat in letzter Zeit immer wieder bestritten oder bestreiten lassen, dass er sich jemals für seine Versammlungsreden hätte bezahlen lassen. Für die jüngste Vergangenheit mag das zutreffen. Aber bis vor einigen Wochen und Monaten hat er für seine Versammlungsreden hohe Honorare eingesteckt, und dass das so ist, geht aus einem "Erlass" hervor, den die nationalsozialistische Parteileitung an alle Bezirks-, Kreis- und Gauleiter der Partei gerichtet hat. Darin heisst es u.a., dass alle von der Partei bezahlten Funktionäre nur noch in ihren Positionen bleiben dürfen, wenn sie mit einer Kürzung ihrer bisherigen Einkünfte um 30 % einverstanden sind. Wem das nicht passt, soll sofort entlassen werden. Nach dem gleichen "Erlass" sollen allen Rednern der Partei künftig nur noch die reinen Unkosten ersetzt werden. Die bisher gewährten Vergütungen fallen fort. Der Parteichef, so heisst es schliesslich, verzichtet ebenfalls von nun ab auf jedes Entgelt für seine Reden. Das ist die beste Bestätigung dafür, dass Hitler für seine Reden bisher dicke Honorare eingesteckt hat.

Aber warum die plötzliche "Grosszügigkeit" des Herrn Hitler, warum die 30 prozentige Kürzung der Gehälter der Nazi-Bonzen? Nun weil das Braune Haus in München ungeheure Unterhaltungskosten verschlingt. Um es zu halten sollen nach dem oben zitierten "Erlass" des Nazi-Papstes künftig alle Kosten so niedrig wie möglich gehalten werden, soll kein Nazi-Bonze - ausgenommen natürlich Hitler und die in seiner nächsten Umgebung befindlichen Röhmlinge - mehr als 500 Mark monatlich erhalten. Damit diese Anordnung streng eingehalten wird,

hat Hitler Revisoren eingesetzt, die berechtigt sind alle Nazi-Kassen ohne vorherige Anmeldung zu kontrollieren. Wenigstens wird die Schaffung dieses Kontrollsystems mit der strengen Einhaltung der obigen Anweisungen begründet. In Wirklichkeit aber dürften sich die Herren des braunen Hauses dazu entschlossen haben, weil ein Nazimann nach dem anderen mit der Kasse durchgeht!

SPD. Brüssel, 3. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Belgische Kammer beschäftigte sich am Freitag mit zwei Interpellationen über den Hoover-Plan. Die erste eines vlämischen Abgeordneten besagt, der Youngplan könnte nicht aufrecht erhalten bleiben, auch nicht einmal mit dem Hoover-Moratorium. Der zweite Interpellant war der Konservative Fenzot, der eine kräftigere Antwort der belgischen Regierung an Hoover erwartet habe. Den Hooverplan bezeichnet er als Ende des Youngplanes und er forderte die Kammer auf, sich zu weigern, ihn zu genehmigen.

Unter Beifall der Sozialisten, Liberalen und Katholiken verteidigte der Aussenminister die Haltung der Regierung und antwortete Herrn Fenzot, dass eine Politik der eisernen Faust Europa zu einer Katastrophe treiben könne. Jaspas und Vandervelde legten eine Entschliessung vor, die im Prinzip den Hooverplan mit Sympathie begrüsst und das Auftreten der Regierung gutheisst.

SPD. Oberhausen, 3. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Gute-Hoffnungs-Hütte Oberhausen entlässt am 31. Juli 1600 Bergarbeiter. Davon entfallen je 600 auf die Zechen Osterfeld und Jakoby und je 200 auf die Zechen Sterkrade und Vondern.

SPD. Dortmund, 3. Juli (Eig. Drahtb.)

Das Dortmunder Schöffengericht verurteilte am Freitag einen Kommunisten und einen Nationalsozialisten wegen unbefugten Waffenbesitzes zu je drei Monaten Gefängnis.

Die Angeklagten waren an einer Schiesserei auf Arbeitswillige beteiligt, die sich in der Nacht zum 3. Januar während eines Streiks auf der Zeche Adolf von Hansemann in Mengede abspielte. Damals wurden ein Bergmann getötet und mehrere Personen schwer verletzt. Der Haupttäter, der Kommunist Hirsch, ist nach Russland geflohen.

SPD. Budapest, 3. Juli (Eig. Drahtb.)

Die ungarische Sozialdemokratie hat von 30 in Budapest und seiner Umgebung zu vergebenden Parlaments-Mandaten 9 erhalten. In ganz Ungarn brachte sie es auf 14 Mandate. Sie hat damit ihren Besitzstand trotz Wahlterror und Wahlschwindel behauptet.

In den Budapester Bezirken wurden ausser den 9 Sozialdemokraten noch 6 Abgeordnete der Regierungspartei gewählt, 7 regierungsfreundliche Christlichsoziale, 6 Bürgerlich-Liberale und 2 Christlich-Oppositionelle. In allen Bezirken mit geheimer Abstimmung, wie in Budapest und Umgebung, ist die Regierung in der Minderheit.

SPD. In den letzten Tagen beschuldigten die deutschen Nationalisten den sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Breitscheid wieder einmal des Verrats deutscher Interessen. Seine Anwesenheit in Paris während der Verhandlungen zwischen Frankreich und Amerika konnte nach Ansicht der nationalistischen Hetzer nur dem Zwecke dienen, die deutschen Belange zu "sabotieren".

In den gleichen Tagen beschäftigte sich auch die französische Nationalistenpresse - "Echo de Paris", "Liberté", "Journal", "Action de Française" - mit Breitscheids Anwesenheit und Tätigkeit in Paris. In allen diesen Blättern, die für eine glatte Ablehnung des Hoover-Vorschlages eintreten, weil ihnen jener Gedanke einer Hilfe für Deutschland und einer Abweichung vom Youngplan als ein fluchwürdiges Verbrechen erscheint, wurde Breitscheid beschuldigt die Entscheidung der französischen Sozialisten zur Rettung Laval's und Briand's, also zugunsten einer Verständigung mit Amerika nicht nur beeinflusst, sondern sogar erzwingen zu haben.

Von den französischen Nationalisten wird Breitscheid also beschuldigt, als Beauftragter der Reichspolitik eine den Interessen Frankreichs schädliche Haltung der sozialistischen Kammerfraktion "diktiert" zu haben, von den deutschen Nationalisten wird er wieder einmal geziehen, die deutschen Interessen in Paris preisgegeben zu haben. Die eine verleumderische Unterstellung ist so unsinnig wie die andere. Aber ihre Gegenüberstellung ist nicht ohne Reiz.

SPD. Paris, 3. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Senat nahm am Freitag nachmittag mit 277 gegen 24 Stimmen den bereits von der Kammer genehmigten Gesetzentwurf zur bewilligung eines Kredits von 2,4 Milliarden Franken für den Ausbau der verteidigungsanlagen an der französischen Ostgrenze an. Der Kriegsminister wurde gleichzeitig verpflichtet, dem Parlament alle sechs Monate Auskunft über den Stand der Arbeiten und die dafür gemachten Ausgaben zu erteilen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören)

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf welle 2850)

Aus aller Welt

Tod dem Lärm!

Im Museum der "Leisetreter".

SPD. Seit vielen Jahren kämpfen die "Antilärm-Ligen" der ganzen Welt gegen den gesundheitszerstörenden Strassen- und Arbeitslärm. Hunderttausende von Arbeitern, Millionen von Grosstadtmenchen, die in engen schallundichten Mietskasernen, an den "Brüllecken" des Verkehrs wohnen, leiden unter dem zermürbenden Lärmkonzert der modernen Grosstadt. Dass gewaltige Dotationen, dass anhaltende stärkere Lärmstörungen zu Trommelfellschädigungen und schliesslich zu Taubheit führen können, ist freilich bekannt, aber auch der dauernde Strassen- und Hauslärm führt zu Ermüdungserscheinungen des Hörorgans. Schwerhörig gewordene Taxichauffeure, Kesselarbeiter und Nieter sind keine Seltenheit, und auch geringere Schädigungsgrade lassen sich nachweisen; wie z.B. Schlafstörungen durch nächtliche Geräusche, Ruhestörungen der Kranken und Alten und der auf den Tagesschlaf angewiesenen zahllosen Nachtarbeiter der Grossstadt.

Nachbarn, die man nicht hört.

Kampf dem Lärm, sagen deshalb die Aerzte, die Techniker, die Gesundheitsämter der Städte. Aber wie? In Berlin gibt es seit längerer Zeit eine Antilärm-Liga und einer der Bahnbrecher in der modernen Lärmbekämpfung ist Professor Biehle von der Technischen Hochschule in Berlin, der dem "Institut für Raum- und Bauakustik" eine "Abteilung für Lärmbekämpfung" angegliedert hat. Sie will vor allem die Aufgabe lösen: wie bekämpfe ich den Hauslärm? Ein Besuch dieser Abteilung macht mit neuen Mitteln der Lärminderung bekannt. Man sieht in grossen Schränken Proben schallisolierender Baustoffe aus Kork, gepresstem Torf, Gummi und Filz, mit denen Wände, Decken und Fussböden des Baues bekleidet werden. Professor Biehle meint, dass man mit nur fünf Prozent Mehrkosten ein Haus vollständig schalldicht bauen kann. Wenn man im Neubau zurzeit noch jedes Wort verstehen kann, das die Nachbarn über, unter und neben uns sprechen, so soll in Zukunft kein Geräusch mehr von Wohnung zu Wohnung dringen.

Lasst keine Türen sprechen - -!

Es gibt auch keinen gestörten Mittagsschlaf mehr, denn die Modelle von Türpuffern, die man hier gezeigt bekommt, verhindern das Türeenschlagen. Die Wasserleitungen können nicht mehr singen und rauschen, weil alle Hähne so konstruiert sein werden, dass die Wasserstauung künftighin fortfällt. Stühle und Schränke schliesslich erhalten isolierende Unterlagen aus Filz. Der Schrecken aller Mietskasernenbewohner aber waren von jeher die Klaviere. Uebende Klavier- oder gar Geigeneleven konnten mit ihren Studien ganze Strassenzüge in helle Verzweiflung versetzen. Auch diesem Lärm will Professor Biehle energisch zu Leibe gehen. Er hat zum Beispiel Geigen oder Mandolinen ohne Resonanzböden konstruiert. Stundenlang kann man auf ihnen spielen, ohne dass der Mitbewohner einen Ton hört. Die Klaviere aber erhalten einen schalldämpfenden Filzstreifen, der sich vor die Hämmer legt - und haben so allen Schrecken verloren. Um das Geschirrkloppern zu beseitigen, hat die Industrie bereits Tassen und Teller aus einem neuen Material herausgebracht. Es heisst "Festalin", ist doppelt so leicht als Porzellan, unzerbrechlich und lässt sich beinahe geräuschlos handhaben.

Die Gummikegler.

Das Institut arbeitet fortgesetzt an neuen Vorschlägen zu wirksamster Lärmbekämpfung. Zur Blechbearbeitung hat man einen Gummihammer konstruiert, in

den Büros wird die "geräuschlose Schreibmaschine" ihren Einzug halten. Auch die Kegelbahnen, bis jetzt noch für ihre Nachbarschaft gefürchtete Lärmproduzenten, sollen in Zukunft diskreter bedient werden: die Kegel bekommen schalldämpfende Gummiringe und die Kegler müssen die Holzkugel mit einer Gummikugel vertauschen.

Nervenhygiene bei der Arbeit.

Aber nicht nur gegen den Hauslärm kämpft die Anti-Lärm-Bewegung. Auch den Arbeitslärm versucht sie auf ein mögliches Minimum zu reduzieren. So haben psychotechnische Experimente den schädigenden Einfluss des Lärms auf die geistige und technische Leistungsfähigkeit klar erwiesen: Man liess Versuchspersonen etwas vorlesen. Bei Einwirkung von Lärm wurde die geistige Anstrengung, die man an der Häufigkeit des Atmens messen konnte, wesentlich grösser, die Schnelligkeit der Aufgabenbewältigung liess offensichtlich nach. Bei Lärm wurden Schreibmaschinenarbeiten viel langsamer und fehlerhafter erledigt. Die Reaktion auf den Lärm erfolgte zunächst in Gestalt von gesteigerter Kraftaufbietung, sie führte dann zu stärkerer Nervenanspannung und Ermüdungserscheinungen. Physiologische Versuche in der Klinik ergaben, dass bei einem plötzlich einsetzenden lauten Geräusch die Pulskurven des Gehirns bis zur vierfachen Höhe ausschlugen. Die Abwehrmassnahmen gegen den Arbeitslärm des Instituts für Lärminderung sind zum Teil schon in der Praxis durchgeführt worden. In manchen Fabriken wurden die Auflagestellen der Maschinen mit schall- und stossdämpfenden Unterlagen versehen. Versuche mit Getrieben aus "Novotex", einem lärmdämpfenden Material, führten zur Minderung des Betriebslärms in der Fabrik.

Der "flüsternde" Löwe.

"Die Antilärmer" haben auch Material über die Lärmbekämpfung in anderen Ländern gesammelt. So führen sie an, dass Amerika augenblicklich daran geht, das lärmende Nietverfahren durch das Schweissen zu ersetzen. Sie behaupten auch, dass die Einfahrt eines U-Bahnzuges in die Station "einen Lärm verursache, gegen den das Brüllen eines Löwen nur als sanftes Geflüster bezeichnet werden könne. Wenn auch diese Vergleiche einen leicht humoristischen Beigeschmack haben, so ändert das doch nichts am Wert einer Bewegung, die darauf hinausgeht, uns durch Verminderung des Lärms zu ihrem Teil ein gesünderes und besseres Leben zu ermöglichen! -

+ + +

Die Ankläger sind schuldig? Vor mehr als einem Jahr brach in Lübeck das grosse Kindersterben aus. Infolge falscher Zubereitung des Calmette-Präparats verloren zahlreiche Familien ihre Kinder. Die Aufregung in Lübeck war ungeheuer. Unter dem Druck der Oeffentlichkeit sah sich die Staatsanwaltschaft gezwungen, gegen die Aerzte Deycke, Altstedt und Klotz wegen fahrlässiger Tötung von mehr als 100 Kindern ein Strafverfahren einzuleiten. Der Lübecker Oberstaatsanwalt Dr. Lienau war jedoch durch andere Dinge anscheinend so belastet, dass er zur Vorbereitung dieses Prozesses nicht kam. Diese Verzögerung eines ungemein wichtigen Prozesses, auf dessen gründliche Durchführung die gesamte deutsche Oeffentlichkeit brennend wartet, hat bereits allgemeines Befremden und mehrfach publizistische Kritik zur Folge gehabt. Nun wird die Welt durch die groteske Tatsache überrascht, dass der Oberstaatsanwalt, der den Prozess gegen die drei schuldigen Aerzte noch immer nicht zur Durchführung gebracht hat, gegen den Redakteur des sozialdemokratischen "Lübecker Volksboten", Dr. Solmitz, Anklage erhoben hat, weil er, man höre, Teile der Anklageschrift vor der öffentlichen Verhandlung veröffentlicht habe. Die absurde Anklage stützt sich auf den völlig veralteten Paragraphen 17 des Pressegesetzes. In Preussen werden Anklageschriften durch die Justizpressestelle in der Oeffentlichkeit bekannt gegeben. Aber vielleicht lässt sich der Schlüssel zu dieser mehr als merkwürdigen Anklage gegen den Ankläger in einer Kritik finden, die Dr. Solmitz im "Lübecker Volksboten" veröffentlicht hat. In der Anklageschrift des Oberstaatsanwalts findet sich nämlich der Satz: "Dem Angeklagten lässt sich der Vorwurf der fahrlässigen Tötung nicht ersparen." Dr. Solmitz hat da-

raufhin festgestellt, dass dieser Passus so aussehe, als ob dem Vertreter der Anklage sein Vorgehen leid tue. Uebrigens hat der Oberstaatsanwalt gegen einen Berliner Stadtmedizinalrat und den Rechtsanwalt Dr. Frey, den Vertreter der ihrer Kinder beraubten Eltern, gleichfalls Anklage erhoben. Der Rechtsanwalt hatte in einer Versammlung geäußert: "Gottes Mühlen mahlen langsam, die Mühlen der Lübecker Justiz aber mahlen gar nicht!" Der Oberstaatsanwalt von Lübeck scheint tatsächlich das Pferd am Schwanz aufzäumen zu wollen.

+ + +
Amerikas Hitzekatastrophe. Die ungewöhnliche Hitze in Amerika will nicht weichen. Die Zahl der Todesopfer wächst lawinenartig. Bis jetzt wurden 1450 Opfer der Hitze gezählt. Allein Chicago meldet 368 Tote, Wisconsin hat 164 Tote zu verzeichnen. Diese Zahlen beruhen auf Ermittlungen amtlicher Stellen. Es ist jedoch zu befürchten, dass die Zahl der Toten noch erheblich grösser ist, da die statistischen Ermittlungen vielfach auf Schwierigkeiten stossen. Im Staate Süd-Dakota hat die Hitzewelle 5 000 Familien an den Bettelstab gebracht, da die gesamte Ernte vernichtet ist.

+ + +
"Zepp" gelandet. Das Luftschiff "Graf Zeppelin" ist am Freitag früh kurz nach 5 Uhr von seiner mehrtägigen Nordland-Jütland-Fahrt nach Friedrichshafen zurückgekehrt. Das Luftschiff legte die Strecke von 7500 Kilometern in rund 72 Stunden zurück.

+ + +
Ausgehobene Falschgeldfabrik. Die Kriminalpolizei in Pirmasens (Pfalz) hob einen Grossbetrieb mit falschen Fünf-, Zwei- und Einmarkstücken aus. Die Herstellung des Falschgeldes erfolgte fabrikmässig. Der Falschgeld-"Unternehmer", ein 30jähriger Uhrmacher namens Martin Reinke, konnte festgenommen werden. Mit weiteren Verhaftungen ist zu rechnen.

+ + +
"Massensterben" von Polizeirichtern. Der New Yorker Polizeirichter Silbermann, der am Frauengericht tätig war, ist des Missbrauchs der Amtsgewalt für schuldig befunden und von seinem Posten enthoben worden. Silbermann ist der 14. von den 25 New Yorker Polizeirichtern, der seit dem vor einem halben Jahr begonnenen Reinigungsprozess aus dem Amt entfernt worden ist.

+ + +
Ein seltsamer Schabernack. Ein 17jähriges Mädchen, das bei einer Breslauer Familie als Hausangestellte tätig war, goss der Frau des Hauses Salzsäure in den Morgenkaffee. Die Frau, die eine Tasse völlig austrank, wurde mit lebensgefährlichen inneren Verbrennungen ins Krankenhaus gebracht. Das verhaftete Mädchen bestreitet jede Mordabsicht und erklärt, dass es lediglich einen "harmlosen Schabernack" beabsichtigt habe.

+ + +
Abgestürztes Grossflugzeug. In der Nähe von Villa Coublay (Frankreich) stürzte ein dreimotoriges französisches Verkehrsflugzeug ab. Der Pilot und ein Fahrgast kamen bei dem Unfall ums Leben. Der Apparat wurde völlig zerstört und ging in Flammen auf.

+ + +
Das Kürten-Geld. Nicht weniger als 80 Bewerber erheben auf die Belohnung von 15 000 Mark, die zur Ermittlung Peter Kürtens ausgesetzt war, Anspruch. Für die Verteilung des Geldes kommen jedoch nur 14 Personen in Betracht. Der Hauptteil entfällt auf die frühere Frau Peter Kürtens. Ferner haben Hausbewohner, mehrere frühere Mitgefängene Kürtens und die beiden Frauen, die den Brief, der zur Auffindung des Mörders führte, schrieben, bzw. der Polizei abliefern, Anspruch auf die Belohnung.

Gewerkschaftliche Bündschau ✘

Kommunismus und Bergarbeiterjugend.

SPD. Die Kommunisten sprechen in ihrer Presse fast tagtäglich von "Riesensfortschritten" ihrer Jugendbewegung. Sie schneiden mächtig auf. Wenn nur die Hälfte ihrer Behauptungen wahr wäre, dann bliebe für die anderen Richtungen der Jugendbewegung nicht mehr viel zu organisieren übrig. Nach dem Kleinen Handbuch für Jugendverbände (Herausgegeben vom Deutschen Archiv für Jugendwohlfahrt) zählt der Kommunistische Jugendverband 21 630 Mitglieder, die Hitlerjugend 25 000, der Jungstahlhelm 110 000, die Sozialistische Arbeiterjugend 55 958, die Gewerkschaftsjugend (1929) 300 765, das Jungbanner 14 - 18 jährige 245 000 und 18 - 25 jährige 486 000. Man sieht also, die Gesamtzahl der sozialistischen Jugendbewegung geht auch heute trotz der Krise hoch in die Hunderttausende. Neben der Freien Gewerkschaftsjugend sind die Wehrorganisationen am stärksten vertreten. Würde man die Jugendorganisationen der Sportverbände noch in die Zahlenaufstellung mit aufnehmen, dann erhielten diese die erste Stelle. Ein Beweis für die stark gefühlsmässige Einstellung des jungen Menschen und für den bei ihm ausgeprägten Drang zur Befriedigung seiner Kampf- und Geltungsbetriebe.

Der Gefühlswelt der Jugend versuchen die Kommunisten in ihrer Agitation so viel wie möglich Rechnung zu tragen. Stossbrigaden, Jungpioniere, Jungsturm usw. sollen den Elan der jungen Arbeiter wecken. Das Aufpeitschen der Gefühle verfehlt natürlich in manchen Fällen seinen Zweck nicht, und äussere Umstände wie wirtschaftliche Schwierigkeiten, Druck von Unternehmenseite, Arbeitslosigkeit und anderes begünstigen die künstliche Aufstachelung der gewalttätigen Instinkte durch die kommunistischen Führer.

Besonders grosse Hoffnungen setzen die Kommunisten auf ihre Agitation in der Bergarbeiterjugend. Das Abstimmungsergebnis bei den Betriebsrätewahlen im Ruhrgebiet hat ihren Grössenwahnsinn mächtig gesteigert. Sie bilden sich ein, unter der Jugend des Ruhrbezirks mit grossem Erfolg werben zu können. Sie vergessen, dass das Abstimmungsergebnis der Ruhrbetriebsrätewahlen nichts anderes war als ein spontaner Gefühlsausdruck, der die nur allzu begreifliche Unzufriedenheit mit dem jetzigen Wirtschaftssystem demonstrierte. Solche Gefühlsausbrüche sind nichts Neues. Tritt eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse wieder ein, dann klingt die Protestkurve schnell kräftig ab. Die Inflationsperiode hat das am Beispiel der damals kommunistischen Union klar bewiesen,

Richtig ist, dass die Erfolge der Kommunisten bei den letzten Betriebsrätewahlen in einigen Bergbaubezirken wie im Ruhrgebiet, in Oberschlesien, im Aachener Bezirk und in Lugau nicht zuletzt auf die besondere Beeinflussung der jungen und jüngeren Wähler durch die KPD zurückzuführen sind. Die geschickte Aufstellung von jungen Kandidaten, ferner die gerade zurzeit besonders heftig betriebene Verunglimpfung der Verbände anderer Richtungen durch die RGO, die Aufstellung radikaler Forderungen, für die die Jugend immer empfänglich ist, und schliesslich die schlechten Zeitverhältnisse - all' das hat den Kommunisten Anhänger aus den Reihen der Jugend zugetrieben. Wie gewöhnlich, so war auch hier ihr Erfolg zugleich ein Erfolg der Scharfmacher; denn die wüste, schmutzige Hetze gegen die freigewerkschaftlichen Verbände trieb den Unternehmern reichlich Hasen in ihre Küche. So konnten im Ruhrbergbau fast 19 000 oder 8,3% Stimmen gezählt werden, die für die Wirtschaftsfriedlichen, bezw.

die Nationalsozialisten abgegeben wurden. Die Unternehmer sind natürlich entzückt über dieses Resultat der Wählerarbeit der KPD. Die Arbeiterschaft hat den Schaden. Sie wird noch lange die Folgen der von den Sowjetsternfahnen geführten Fahnenflucht zu spüren haben.

Steht nun das jugendliche Element, das dem Moskauer Irrlicht folgte, auch wirklich mit Leib und Seele hinter der kommunistischen Richtung? Auf diese Frage gibt es nur ein glattes Nein. Schon wiederholt wurde von der RGO über die Laueheit ihrer Anhänger geklagt. Am wenigsten Verlass ist naturgemäss auf die jugendlichen Bergarbeiter, die den Lockungen der kommunistischen Funktionäre folgten. Als Anfang dieses Jahres der Kommunistische Einheitsverband ins Leben gerufen war, setzte von seiner Seite aus eine starke Agitation auch unter den jugendlichen Bergarbeitern ein. Kurze Zeit später meldete das "Ruhr-Echo" (Nr.45), dass bereits 1 300 Jungarbeiter dem Roten Einheitsverband beigetreten wären. Selbst wenn das der Fall wäre, was natürlich keineswegs feststeht, so will diese Zahl nichts besagen. Es handelt sich hier um Opfer der Krise, die aufs äusserste verbittert sind und nun von der RGO Besserung erwarten. Nicht Ueberzeugungstreue hat sie den Schritt nach links tun lassen, und sie werden über kurz oder lang auch von der RGO wieder abmarschieren. Der Jugendbewegung des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter dagegen, marschiert, befreit von unsicheren Kantonisten, heute gefestigter denn je vorwärts.

SPD. Die Arbeitsbeschaffung der Reichsbahn, durch die 50 000 Mann für fünf Monate Verdienst erhalten sollen, wird am kommenden Montag in Angriff genommen. Die Arbeitskräfte können nicht, wie in der Presse angedeutet wurde, nur aus der Krisenfürsorge entnommen werden; denn bei der Vermittlung ist nach den gesetzlichen Bestimmungen in erster Linie auf die Eignung der Arbeitskraft, dann vor allem auf die Dauer der Arbeitslosigkeit und auf die besonderen Familienverhältnisse Rücksicht zu nehmen. Eine bestimmte Unterstützungsgruppe kann also unmöglich bevorzugt werden.

Merkwürdig berührt, dass die Reichsbahnhauptverwaltung nur 60% der Arbeitsbeschaffung in eigener Regie durchführen und 40% durch Privatunternehmer fertigstellen lassen will. Das bedeutet praktisch keine Förderung der Arbeitsbeschaffung; denn der Privatunternehmer stellt weniger Leute ein, weil er mehr Profit herauschlagen will.

Warum überträgt die Reichsbahn einen so grossen Teil ihrer Arbeiten dem Privatunternehmertum? Die Tiefbauunternehmer haben vor längerer Zeit in einer an den Reichstag gerichteten Denkschrift sich beschwert, sie bekämen nicht genügend Arbeiten von der Reichsbahn übertragen. Schuld daran sei der marxistische Einheitsverband. Die Hauptverwaltung hat Angst bekommen. Oder sind etwa ihre Bausachverständigen weniger geschickt als die Privatunternehmer?

SPD. In Preussen wird in der nächsten Zeit mit Hilfe des Wohnungsausgleichsfonds für das Baugewerbe wenigstens ein klein wenig die Arbeitslosigkeit eingedämmt werden. Der Finanz- und der Wohlfahrtsminister haben sich entschlossen, aus Hauszinssteuermitteln den Umbau von Grosswohnungen in Kleinwohnungen zu fördern. Das bedeutet für so manchen Bauarbeiter endlich einmal wieder für einige Wochen Beschäftigung.

SPD. Die Tarifverhandlungen für die Angestellten im Ruhrbergbau beginnen am 10. Juli in Essen.

Zurückgeschraubte Hoffnungen.

(Börsenbericht für die Woche vom 30. Juni bis 5. Juli 1931.)

SPD. Berlin, 4. Juli

Die Börse hat eine Woche voll von Erwartungen und Enttäuschungen hinter sich. Es hat keine Baissen gegeben, aber auch keine Haussen. Vergleicht man aber die Steigerung an den "festen" Tagen und die Rückgänge an den "schwachen" Börsen, so ergibt sich als Wochenergebnis bei weitaus den meisten Aktien eine Kurssenkung. Allerdings sind die Verluste nicht sehr beträchtlich.

Damit soll nicht gesagt sein, dass sich der Hooversche Impuls verpufft hätte. Aber es ist nicht zu der automatischen Steigerung des Kursniveaus gekommen, worauf zweifellos auch die Amerikaner gehofft hatten. Der französische Widerstand gegen das Hooversche Projekt hat hier einen Strich durch die Rechnung gemacht und man fragt sich, ob das wieder auszugleichen sein wird?

Die Börse beeinflusst das Wirtschaftsleben nicht mehr in dem Masse, wie das früher der Fall war. Dafür hat sich die Struktur unserer ganzen Kreditwirtschaft zu sehr verändert. Wobei man allerdings die Einschränkung machen muss, dass diese Veränderungen auch nicht von ewiger Dauer sein werden. Wenn die konjunkturelle Entwicklung nun auch nicht auf Gedeih und Verderben mit der Börsenentwicklung verbunden ist, so hätten wir doch die Anregungen, die gerade an solchen kritischen Tagen wie den gegenwärtigen von der Börse auszugehen pflegen, für unsere Wirtschaft und unsere Arbeitsmärkte recht gut gebrauchen können.

Was sich in den Börsensälen in der vergangenen Woche abgespielt hat, zeigen die Schwankungen der Kurse unserer Standardpapiere. I.G. Farben, die am letzten Sonnabend bis 138 % gestiegen waren, gaben bis Dienstag auf 133 % nach und schlossen am Freitag mit 134,5 %, also nicht unbeträchtlich unter dem vorwöchentlichen Schlusskurs. Siemensaktien erreichten am Montag einen Höchstkurs von 162 %, um bis Freitag auf 156 % zurückzugehen. Nur die Chadeaktien, die international börsengängig sind, konnten ihren Wochengewinn voll behaupten: sie stiegen von 246,5 auf 265 Mark pro Stück.

Auch der Kalimarkt war bezeichnend für die starke innere Unsicherheit der Börse. Das führende Papier, die Salzdetfurthaktie, ging zunächst von 207 auf 199,5 % zurück, besserte sich dann wieder bis 204 um schliesslich am Freitag bis auf 196,5 % zu fallen. (10 Punkte unter dem höchsten Wochenkurs). Weit geringer waren die Ausschläge am Montanmarkt, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, dass hier die Kurse an sich ausserordentlich niedrig sind. So war z.B. die Bewegung von Vereinigten Stahlwerksaktien von 47,25 auf zeitweise 45 %, dann wieder etwas gebessert auf 46,5 %, recht bedeutend.

Neben dem, in der grossen Kurskurve gleichlaufenden Gros aller Aktien gab es aber auch in dieser Woche wieder krasse Aussenseiter. An der Spitze standen die Aktien der Maschinenfabrik Schubert und Salzer. Noch nach dem letzten Geschäftsbericht hatte die Börse dieses Unternehmen für ausserordentlich rentabel gehalten. Deshalb blieb auch der Kurs inmitten aller Schwächen stets auf einer beachtlichen Höhe. Nun wurde aber in einem Prozess eines Aktionärs gegen die letzten Generalversammlungsbeschlüsse der Gesellschaft mitgeteilt, dass der Umsatz gegen das Vorjahr um mehr als die Hälfte gesunken ist. Kaum wurde dies bekannt, so setzte eine Verkaufswelle ein, die den Kurs in schneller

Folge von 143,5 auf 117 % drückte.

Ähnlich, ja noch schärfer war der neue Rückschlag in den Aktien der Norddeutschen Wolle-Gesellschaft (Nordwolle), da die Verlustziffern von Tag zu Tag anwachsen. Während sie die Vorwoche mit etwa 12,5 % geschlossen hatten, verliessen sie die letzte Freitagsbörse mit nur noch 7,5 %, waren damit also um etwa die Hälfte ihres Wertes in einer einzigen Woche gesunken. Bald werden sie auf den Nullpunkt angekommen sein.

Als wahrhafte Wochengewinner treten demgegenüber nur die Kunstseidenaktie auf, da nunmehr die "Deutsche Verkaufszentrale" gegründet worden ist und sich die Börse von ihr anscheinend Wunderdinge verspricht. Aku, die zunächst von 80,75 bis 78,5 % nachgegeben hatten, stiegen bis auf 84 % und Bemberg, die nach 92,25 bis 87 % gesunken waren, befestigten sich am Freitag wieder auf 96,5 %. Während zahlreiche Papiere, die Dividenden bringen, zwischen 40 und 70 % notieren, stehen nach wie vor diese dividendenlosen Kunstseidenaktien nahe an der Parisgrenze. Wird das auf die Dauer gut gehen?

SPD. In der Kunstseidenindustrie ist es zu zwei Kartellbildungen gekommen. Schon die Kartellverhandlungen haben die Preise in die Höhe getrieben. Der Abschluss der Kartelle wird diese Wirkung selbstverständlich noch verschärfen. Davon abgesehen handelt es sich, wenigstens bei dem Viscosekonzern, um eins der bedenklichsten Experimente, die jemals auf dem Kartellgebiet versucht worden sind.

Trotzdem man Kunstseide schon seit etwa 50 Jahren kennt, war sie noch kurz vor dem Kriege etwas, das man nicht sonderlich ernst nahm. Vor allem wurde gegen die Kunstseide eingewandt, dass sie äusserst feuergefährlich war und sich nicht waschen liess. Diese Mängel sind dann, u.a. durch die deutsche Forschung, soweit abgestellt worden, dass die wirtschaftliche Verwendung der Kunstseide gesichert werden konnte. Die Kunstseide eroberte sich ein Gebiet nach dem anderen. Sie drang in die Strumpfindustrie ein, wurde hier beherrschend, und schickt sich heute an, das Gewebe für sich zu erobern. Die Kunstseide ist kein Ersatz für Naturseide, wie man früher immer wieder annahm, sondern ein selbstständiger Textilrohstoff, der die anderen Rohstoffe stark verdrängt.

Nach dem Produktionsprozess unterscheidet man in der Hauptsache Viscose-seide, Kupferseide und Acetatseide. Das Verfahren für die Herstellung von Kupferseide wurde durch den Bembergkonzern in Barmen entwickelt, der Tochterfabriken in aller Welt errichtete und seine Politik darauf abstellte, Aussen-seiter von vornherein unmöglich zu machen. Ähnlich liegt es ja auch bei der Acetatseide. Um den Absatz der Viscose-seide aber hat sich in den letzten Jahren ein heftiger Kampf entsponnen. Der Kampfplatz war Deutschland und das kam daher, weil in Deutschland lange Zeit hindurch der Verbrauch schneller stieg als die Produktion. Die grossen ausländischen Kunstseidenkonzerne, vor allem in Holland, Italien und Frankreich, wurden dadurch zu einer starken Einfuhr von Kunstseide nach Deutschland angeregt. Das führte einerseits immer wieder in den letzten Jahren zu Zollforderungen der deutschen Kunstseidenindustrie, andererseits aber auch zu einer Beteiligung der grossen deutschen Kunstseidenproduzenten, besonders der Elberfelder Glanzstoff und der I.G. Farbenindustrie, an den ausländischen Kunstseidenkartellen, so in Italien und Holland. Daneben gab es eine Kunstseidenkonvention, deren Tätigkeit sich vorzugsweise auf die Hochhaltung des Kunstseidenpreises erstreckte. Diese Konvention brach in der gegenwärtigen Krise zusammen. Es entstand ein erbitterter Konkurrenzkampf, der jetzt durch die Bildung von zwei Syndikaten beendet werden soll. Es handelt sich um Syndikate für die Kupferseide und die Viscose.

Die Kartelle sehen vor, dass in Deutschland alle Kunstseide, gleichgültig, ob sie in Deutschland produziert oder nach Deutschland eingeführt ist, durch die Kunstseiden Verkaufsbüro G.m.b.H. in Berlin verkauft wird. Die deutschen

Kunstseidenproduzenten wollen mit diesem Büro ein Mittel schaffen, um das Angebot zu regulieren und die Preise beliebig zu gestalten. Eine solche Preisgestaltung geht selbstverständlich immer nach oben. Bei der Kupferseide dürfte dieser Apparat reibungslos funktionieren, weil es sich wirklich um ein internationales Gebilde handelt, das vor einem überraschenden Import einigermassen geschützt ist. Anders steht es aber um die Viscose. An den Viscoseabmachungen sind neben den ausschlaggebenden deutschen Produzenten die grossen Konzerne in Holland, Italien und der Schweiz beteiligt, zu denen ja teilweise schon Verbindungen der deutschen Kunstseidenindustrie durch Kapitalbeteiligung bestehen. Andere wichtige Kunstseidenländer, vor allem Frankreich, sind nicht erfasst worden. Von England weiss man, dass der Export des Courtaulds-Konzerns nach Deutschland über das Syndikat laufen soll. Damit hat man aber nur einen Teil des englischen Kunstseidenexports einbezogen. Selbstverständlich verhandelt man weiter, um auch die fehlenden Länder an den Abmachungen zu beteiligen. Deshalb hat man wohl die den einzelnen beteiligten Ländern zugestandenen Einfuhrquoten bis jetzt noch nicht genannt.

Die Dinge können nun so kommen, dass es nicht gelingen wird, die fehlenden Länder in das Syndikat einzubeziehen. Dann bleibt die Einfuhrregelung, auf die es ja bei dem ganzen Syndikat ankommt, auf dem Papier stehen. Der Fall ist aber auch möglich, dass eine Einigung mit den noch ausstehenden Ländern gelingt. Dann hat das Syndikat wohl für Deutschland das Verkaufsmonopol. Ob das die Hoffnungen der deutschen Produzenten erfüllt, ist sehr zweifelhaft. Tritt die Regelung durch das Syndikat in Kraft, dann bedeutet das für die Ausländer, dass sie ihren Import von Kunstseide nach Deutschland reduzieren müssen. Dadurch ergibt sich natürlich der Zwang für sie, die überschüssige Kunstseide woanders abzusetzen. Der Konkurrenzkampf wird von Deutschland in andere Länder verlegt und für die deutsche Kunstseideindustrie, die ja auch stark exportiert, entsteht die Gefahr, dass sie ihren Export zu gedrückten, wenn nicht zu Verlustpreisen absetzen muss. Es ergibt sich eine ähnliche Situation wie in der Eisenindustrie und ein starker Konkurrenzkampf im Ausland muss dahin führen, dass die deutsche Kunstseidenindustrie, nach dem Muster der Eisenindustrie ihren Verlustexport durch überhöhte Inlandspreise finanziert. Darüber muss man sich klar sein. Auch darüber, dass eine derartige Verteuerung der Inlandspreise nicht im Interesse der gesamten deutschen Textilindustrie liegt, die, auf Export angewiesen, eines guten Tages die deutsche Kunstseide weit teurer bezahlen muss als die Konkurrenz im Ausland.

Die Reichsregierung, in deren Programm die Preissenkungsaktion steht, tut gut, früh genug einzugreifen. Wenn man das Preisniveau normalisieren will, kann man sich nicht eine Syndikatsgründung gefallen lassen, die einen unserer wichtigsten Rohstoffe zum Objekt einer kurzsichtigen Preistreiberei machen will.

SPD. Das Reichsfinanzministerium gibt die Einnahmen für den ordentlichen Etat im Monat Mai mit 608,2 Millionen Mark an und die Ausgaben mit 729,7 Millionen Mark. Das Defizit im Mai beträgt demnach 121,5 Millionen Mark.

Im ausserordentlichen Etat ergibt sich für Mai eine Mehrausgabe von 8,3 Millionen Mark.

Für die Entwicklung in den ersten beiden Monaten des Steuerjahres ergibt sich demnach folgendes:

Im ordentlichen Etat beträgt das Defizit für April und Mai rund 48 Millionen Mark. Dieses Defizit steigert sich durch die Mehrausgaben im Vorjahr auf 1078,5 Millionen Mark.

Im ausserordentlichen Etat macht das Defizit für April und Mai 6,3 Millionen Mark aus. Dazu kommt ein Defizit aus dem Vorjahr in Höhe von 261,4 Millionen Mark.

Mithin beträgt das Gesamtdefizit Ende Mai 1339,9 Millionen Mark.

Berliner Viehmarkt.

(3. Juli)

SPD. Auf dem Schweinemarkt zogen die Preise an und zwar profitierten die Tiere unter 200 Pfund davon. Das Angebot entsprach nicht ganz der Nachfrage. Auf dem Kälbermarkt konnten sich Preiserhöhungen für geringe Kälber durchsetzen. Der Rindermarkt hatte genügendes Angebot, die letzten Notierungen konnten behauptet werden. Auf dem Hammelmarkt war das Angebot, mit Ausnahme von jungen Lämmern, genügend. Die Preise gaben zum Teil nach,

Amliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 32-37 (voriger Markt 33-37), b) 27-31 (28-32), c) 23-26 (23-27, d) 18-22 (18-22), Kälber: a) - (-), b) 45-53 (45-55), c) 38-50 (38-50), d) 28-35 (25-35), Schweine: a) (über 300 Pfund) 45-46 (45), b) (240-300 Pfund) 45-46 (44-46), c) (200-240 Pfund) 44-46 (43-46), d) (160-200 Pfund) 43-44 (41-44), e) (120-160 Pfund) 40-41 (38-40), f) (unter 120 Pfund) - (-), g) (Sauen) 42-43 (41-43).

SPD. Die Wirtschaftsabteilung des Völkerbunds veröffentlicht eine Uebersicht über die internationale Verschuldung, die erst das Interesse der ganzen Welt deutlich macht, Deutschland vor einem finanziellen Zusammenbruch zu bewahren. Für Deutschland wird die Gesamtverschuldung auf rund 17 Milliarden Goldmark angegeben. Bis Mitte 1930 hatte Deutschland 15,1 Milliarden Mark langfristige und etwa 11 bis 12,5 Milliarden Goldmark kurzfristige Schulden aufgenommen. Die Denkschrift des Völkerbundes nimmt die langfristige Verleihung Deutschlands an das Ausland mit 5 Milliarden und die kurzfristige Verleihung mit 4 Milliarden an. Aus dieser Rechnung, die allerdings die Kapitalflucht unberücksichtigt zu lassen oder zu gering einzuschätzen scheint, ergibt sich die oben genannte Verschuldung Deutschlands von etwa 17 Milliarden Mark. Hauptgeldgeber ist Amerika. Seine Verleihungen nach Europa werden langfristig auf 4,5 Milliarden Dollar und kurzfristig auf 700 Millionen Dollar geschätzt, insgesamt also 21 Milliarden Goldmark. Von diesen 21 Milliarden ist wohl die Hälfte nach Deutschland gegangen und zwar hat Deutschland nicht nur direkt von Amerika Geld geliehen, sondern andere Länder haben auch in Amerika Anleihen aufgenommen, die sie an Deutschland weiter gaben. Die von Deutschland in der Zeit von 1925 bis 1929 aufgenommenen langfristigen Anleihen werden für die Vereinigten Staaten auf 4075 Millionen Mark, für England auf 608 Millionen, für Holland auf 860, für die Schweiz auf nicht ganz 300 und für Schweden auf 118 Millionen Goldmark geschätzt.

SPD. Der Saatenbestandsbericht für Anfang Juli beurteilt den Stand des Wintergetreides günstig. Sofern nicht infolge zu starker Niederschläge eine Ertragsschmälerung eintritt, sei mit einem befriedigenden Körnerertrag zu rechnen. Auch die Sommersaaten haben sich günstig entwickelt. Die Hackfrüchte zeigen ein günstiges Aussehen. Die Heuernte, die zu Ende geführt ist, wird der Menge nach allgemein als zufriedenstellend beurteilt. Wenn 2 gut, 3 mittel und 4 gering bedeuten, ergibt sich im Reichsdurchschnitt für Winterweizen 2,9 (im Vormonat 2,9), Sommerroggen 2,9 (2,8), Winterweizen 2,6 (2,7), Sommerweizen 2,7 (2,6), Spelz 2,6 (2,7), Wintergerste 2,7 (2,8), Sommergerste 2,6 (2,5), Hafer 2,7 (2,7), Frühkartoffeln 2,6 (2,7), Spätkartoffeln 2,6 (2,8), Zuckerrüben 2,9 (2,8), Runkelrüben 2,8 (2,7), Klee 2,8 (2,8), Luzerne 2,7 (2,8), Bewässerungswiesen 2,1 (2,3) und andere Wiesen 2,4 (2,5).

Forderungen schwer durchzusetzen.

(Berliner Getreidebörse vom 3. Juli.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Freitag sehr ruhige Stimmung. Am Markte der Zeitgeschäfte zeigten sich nur geringfügige Veränderungen; jedoch war die Preisentwicklung bei kleinen Umsätzen im Prinzip nach unten gerichtet. Auch im Lokoverkehr hielt sich die Umsatztätigkeit bei wenig umfangreichem Geschäft in engen Grenzen. Aus neuer Ernte stand Roggen ausreichend zur Verfügung. Da jedoch die Käufer zurückhielten, waren die unveränderten Forderungen der Landwirte nur schwer durchzusetzen. Neuer Weizen hatte verhältnismässig kleines Angebot. Alter Weizen war bei mangelnder Kauflust der Mühlen schwach veranlagt. Auch alter Roggen hatte bei gedrückten Preisen nur kleines Geschäft. Am Mehlmarkt hat sich nichts geändert. Die Umsätze in beiden Sorten blieben sehr klein, die Forderungen der Mühlen unverändert. Auch für Hafer war die Tendenz ziemlich matt.

	<u>2. Juli</u>	<u>3. Juli</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	265 - 266	259 - 260
Roggen	212 - 214	210 - 212
Futter- und Industrieroggen	175 - 198	172 - 198
Hafer	161 - 166	158 - 163
Weizenmehl	31,50-36,75	31,25-36,50
Roggenmehl	28,25-30,75	28,00-30,50
Weizenkleie	12,75-13,00	12,75-13,00
Roggenkleie	11,50-11,75	11,50-11,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 258 (Vortag 262), September $227\frac{1}{2}$ ($227\frac{1}{2}$), Oktober $228\frac{1}{4}$ - 228 (229), Roggen Juli 190 ($190\frac{1}{4}$), September $181\frac{1}{2}$ (182), Oktober 182 - $182\frac{1}{4}$ ($182\frac{1}{2}$). Hafer Juli 172 - $170\frac{1}{2}$ Brief ($173\frac{1}{2}$), September $147\frac{1}{4}$ - 147 Brief ($148\frac{1}{4}$), Oktober $148\frac{1}{2}$ - $148\frac{1}{4}$ Brief ($149\frac{1}{2}$).

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreise. Notierung je Zentner waggonfrei märkischer Station: Deutsche Erstlinge 6,50 bis 7,00 RM.

Berliner Milchpreis.

SPD. Milchpreis ab Sonnabend, den 4. Juli. Erzeugerpreise: Für Frischmilch (A.Milch) einschliesslich Qualitätszuschlag 16,9 Pfg., für tiefgekühlte 17,4 Pfg. für Meiereimilch vorbehandelt 18,65 Pfg. Richtpreis für den Kleinverkauf ab Laden oder Wagen 29 Pfg.

SPD. Die Schweiz erlebt seit langer Zeit eine bankpleite. Es handelt sich um die Banque de Genève in Genf, die seit 75 Jahren besteht und mit einem Kapital von 20 Millionen Francs arbeitet. Die Schwierigkeiten sollen durch starke Abhebungen gelegentlich des Halbjahresultimos entstanden sein.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S + P + D

Berlin, den 3. Juli 1931.

Tag ohne Feierabend.

SPD.Hochöfen an der See. Im Dunkel der Nacht leuchtet der düsterrote Schein des kochenden Eisens weit über das Meer zu dem einsamen Trampfahrer, der von Leuchtturm zu Leuchtturm, von Boje zu Boje sich von seinem Abgangshafen nach dem Zielhafen peilt. Die Landkarte des Weges - welch buntes Bild! Das Bild des Weges - welch Einerlei! Denn die geschwungenen Hügel Südschwedens, die zackigen Klippen und Schären der finnischen Küste, die Lichter der grossen Städte, die verträumten Wälder, die das Bottnische Meer eingrenzen - es glitt am Horizont vorbei, ein fahler Streif, ein dunkler Schatten, ein Nebel; so sehr einander gleichend, dass nur die verschiedenartigen Feuer der Leuchtschiffe und der Leuchttürme mitteilten, an welcher Landschaft das Schiff gerade vorbeigefahren. Was schieert auch den Erzdampfer die Landschaft; was schieert den Erzdampfer der Weg! Der ist nur dazu da, überwunden zu werden, mit möglichst geringem Kohlenverbrauch und mit möglichst vielen Tonnen Eisenerz im Bauch. Die Hochöfen an der See sind Ziel und Zweck, nichts sonst. Schnell laden und schnell löschen, darauf kommt es an. So donnern denn im Ladehafen die elektrischen Erzzüge Tag und Nacht, und so laufen in den Löschhäfen die Mammutkräne Tag und Nacht, bis das letzte Schiff wieder in See gehen kann. Die Seefahrt ist ein Stadium am laufenden Bande, das die Technik konstruieren möchte, von der Grube an, wo das Erz gebrochen wird, bis zur letzten Fertigwarenfabrik, die aus dem Eisen Gebrauchsgegenstände schmiedet.

Nächtens, wenn sich im Dunkel im Hochofenhafen das Rasseln und Schnappen der Ladebrücken und Greifer mit dem Surren der elektrischen Züge und dem Zischen und Brausen abblasender Dämpfe vermählt, scheint es, als ob sich die Ingenieure und Techniker hinter den breiten Fenstern der Zeichenstube die Industrie ohne Mensch zum Ziel gesetzt haben, als ob man in den Direktionspalästen der fernen Grosstädte Organisation und Kalkulation, Geld und Kredit nach dem wahnwitzigen Plane marschieren lasse, die Herren von Stahl und Eisen unabhängig zu machen vom Menschen, von jenem Werkzeug Arbeitskraft, das den Anspruch erhebt, Mensch und gleichberechtigt zu sein. Wilde Elefanten fängt man mit gezähmten; die Hunderttausende von Tonnen Eisenerz lädt und löscht man mit Eisenbrücken, Kränen und Greifern, deren Stahl und Eisen menschliche Technik aus rohem, wildem Erz gewann und zu stählernen Haustieren wandelte. Die riesigen Brücken fahren sich selbst von Laderaum zu Laderaum; die Laufkatzen, die Krankhäuschen an der oberen Laufbahn schnurren vor und zurück; der Greifer senkt sich in den Bauch des Dampfers. Ein Dutzend starkkerzige Lampen und Scheinwerfer schneiden den Weg der Ladebrücke und des Greifers grell aus dem Dunkel, aber ihr Licht trifft höchstens zwei, drei Menschen. Tief unten in der Last sind ein, zwei Mann bereit, den Greifer zurechtzuwinken - immer auf dem Sprunge, um von der tonnenschweren Glocke bei ihrem Pendeln nicht getroffen, nicht gegen die Schiffswand gequetscht zu werden. Manchmal zeigt ein Mann auf Deck, dass nicht jedes menschliche Leben ausgestorben ist. Und oben, in der Katze, der Kranführer an seinen Hebeln. Dazu vielleicht auf dem ganzen, hundert Meter breiten und hunderte von Metern langen Arbeitsplatz der mechanisch abwiegenden Loren, der Halden und Kettenbahnen, der schiefen Ebenen und der Brücken und Kräne zwischen Schiff und Hochöfen ein Wächter, ein Kontrolleur. In den wuchtigen Türen der Oefen aber rumoren die Elemente. Und von Zeit zu Zeit kündigt ein feurig:

roter Fächer einen neuen Sieg des Eisens über das Erz. Auf seinem Hintergrund malt sich eine geheimnisvolle Welt brodelnder Dämpfe und Nebel, schwarzer Eisenglieder und brauner Erzberge, toter Schiffe und lebender Kräne. Die wenigen Menschen gehen in der Wucht der arbeitenden Maschinen unter, wie die menschliche Stimme in dem Höllenlärm dieser nächtlichen Sinfonie.

Tag und Nacht, Nacht und Tag rast die Maschinerie ohne Menschen - wenn nicht Sturm oder Nebel die Kette der Erzschiffe zerreisst und der Pier leer bleibt. Zehntausende und Hunderttausende von Tonnen werden bewältigt, umgeschmolzen, gezähmt. Die Kalkulationen der Direktion, die Berechnungen der Ingenieure stimmen: die Millionenanlagen in Stahl- und Eisenmaschinerie sparen Millionen an Löhnen... Stimmen und stimmen doch nicht. Es stockt das laufende Band auch ohne Sturm; vom Ende her läuft eine Lähmung über die so klug ausgedachte Kette. Der Lärm in den Erzhäfen wird schwächer, der eine und der andere Hochofen liegen tot, ausgeblasen. Die Kette der Erzschiffe wird dünner; an den Seitenbassins der Häfen feiern sie, die schwarzen Kolosse von 6000 bis 10 000 Tonnen. Man braucht sie nicht. Und man braucht ihre Seeleute nicht; sie gehen stempeln... Und oben in Schweden wachsen die Halden, bleiben die riesigen Erzpiere leer, gähnen in den Verkaufskontoren die Angestellten und stehen in den Schuppen die Lokomotiven und Loren der Erzzüge. Langsam frisst sich der Fehler in dem Schlusssystem durch: weil unten, in Holland, in Italien und anderswo die Hafendarbeiter stempeln gehen, die die Riesenbauten der mechanischen Entlademaschinerie frei gesetzt haben, gehen die Seeleute der Trampfahrer stempeln und fangen die Erzgruben unter der Mitternachtssonne an, Feierschichten einzulegen.

Stimmt und stimmt nicht. Die himmelstürmende Rechnung der Industrie ohne Menschen hat ein Loch. Die Maschine ist da. Aber man hat vergessen, ihr den richtigen Herrn zu geben, den Herrn, der gross genug ist, sie zum Diener zu machen: das Volk. Höher werden die Halden; es füllen sich die Häfen von aufgelegten Schiffen; aus dem Tag ohne Feierabend wird ein Feierabend ohne Arbeitstag - und Europas Völker darben angesichts der Mammutmaschinen, die Reichtum für alle bedeuten sollten und könnten. Tag ohne Feierabend wird Nacht ohne Tag.

Puck.

Nach zwölf Jahren.^x

SPD. Als wir im vorigen Sommer die Reise nach Sudfrankreich beschlossen, stand es für uns fest, dass wir meine Quartierleute in La Longueville besuchen würden. Der Besuch war ja nur die Einlösung eines oft geforderten und gegebenen Versprechens. Aber als wir in die Lokalbahn Maubeuge-Bavai umgestiegen waren, wurde mir doch seltsam zumute. Plötzlich fiel mir wieder der Aufenthalt ein, den wir auf dem Rückzug 1918 in La Longueville gemacht hatten. Abends waren wir angekommen. Artillerie, Infanterie und Munitionskolonnen suchten Quartier und lagen im Streit mit Trupps, die einfach "in den Sack gehauen" hatten und nun auf eigene Faust requirierten. Eine rote Fahne, schändlich missbrauchtes Banner der Revolution, war oft die einzige Legitimation dieser Marodeure. Die Soldatenräte stellten Posten gegen sie aus. Deshalb kampierten diese Trupps meist in den Unterkunftshütten des Weideviehs. Wie sie dort hausten, sah man allerwege. Mit dem Seitengewehr abgemurkste Kühe lagen massenweise auf den Wiesen. Die besten Stücke waren herausgeschnitten. Fliegen taten sich an den faulenden Resten gütlich. Im Hause meines ehemaligen Quartierwirts hatte sich Artillerie einquartiert. Ueberall waren Soldaten mit irgendetwas beschäftigt. In den Stuben lag Stroh. An der Scheunentür hing eine geschlachtete Kuh. Im Stall und in der Scheune standen müde Gäule. Auf dem Hofe lungerte

ten zwischen den Fahrzeugen wartende Essenholer herum. Ordonnanzten suchten Schreibstuben und Offiziere. Bekümmert stand die alte Grossmutter zwischen den Soldaten und sah, wie ein Stück nach dem andern, das sie im Kriege vor den Requisitionskommandos gerettet hatte, nun demoliert wurde. Meister Cognot lief unablässig aus dem Haus auf den Hof, vom Hof in die Scheune, von der Scheune in die Backstube, als habe er auf seinem Anwesen noch etwas zu sagen. Er hatte zur Begrüssung nur eine schmerzliche Grimasse. Nicht einmal "malheur la guerre" konnte er mehr sagen. Seine Frau und seine Tochter sassen im kleinen Hofanbau bei den Sommevlüchtlingen und weinten. Die Ungewissheit über die nächsten hundert Stunden brachte sie zur Verzweiflung. Wir hatten es ja auch gesehen: zu beiden Seiten der Dorfstrasse waren grosse Löcher gegraben und daneben lagen Granaten und Minen. Plötzlich rannte die Bäuerin auf den Hof. Wir hörten aufgeschreckte Hühner gackern und dann die kurzen Todesschreie der Tiere. Soldaten hatten das Versteck der letzten Hühner entdeckt. Als ein Soldat ein Huhn unter dem Triumphgeschrei seiner Kameraden an uns vorbei trug, verabschiedete ich mich schnell. Was hatten wir Soldaten der gleichen Armee, die in diesem Hause eines Zivilisten fünf Minuten vor Kriegsende so hauste, hier noch zu suchen? - -

Die Lokalbahn kroch wie eine Schnecke. Im abteil sassen Arbeiter, die aus den Fabriken um Maubeuge nach Hause fuhren. Ich war froh, dass kein mir aus dem Kriege bekanntes Gesicht darunter war. Ich wollte an die Dinge denken, die uns - deutsche Soldaten und französische Bauersleute - im Kriege so nahe gebracht hatten. Ich erinnerte mich daran, wie mich die Grossmutter mit Lebensmitteln, die sie der kärglichen Ration des "Ravitaillement amérique" abzweckte, gepflegt hatte, als mich die Grippe schüttelte. Ich rief mir jene Nacht ins Gedächtnis, in der wir die Mutterkuh auf der Weide brüllen hörten und mit der Bäuerin hinauseilten, um das Kälbchen zur Welt zu bringen, weil es der Zivilbevölkerung verboten war, zur Nachtzeit die Häuser zu verlassen. Aber ich fühlte, dass auch meine Frau daran dachte, wie wir wohl jetzt, 12 Jahre später, empfangen werden würden.

Plötzlich wurde mir die nordfranzösische Weidelandchaft wieder zu militärischem Übungsgelände. Dort neben der Ferme mit dem roten Ziegeldach wurde der Ersatz "auf den Mann gedrillt". Kaum dem Knabenalter entwachsene Jungen mussten mit Spaten und Dolch auf Puppen losgehen. Hinter den Puppen sassen "alte Leute", die vorzüglich mit dem Eskaliergewehr umgehen konnten, und schlugen die Angreifer zurück. Aber die Korporale hetzten die jungen Menschen wie Hatzhunde in Wut. Die Puppen trugen französische Uniformen. Wäre es zu verwundern gewesen, wenn sich Hass in die Herzen der Frauen und Mütter, die täglich dieses bestialische Schauspiel sahen, gefressen hätte? Sie wussten ja, wem im Ernstfall die todbringenden Spatenhiebe und Dolchstösse galten.

Mir war wirklich nicht froh ums Herz, als endlich der Zug in die kleine Station einfuhr. Wortlos gingen wir die Strasse zum Dorfe hinauf und sahen oben von der kleinen Anhöhe aus drunten den Marktplatz liegen. Dort zur Linken lag das Haus, in dem die Frau wohnte, deren Mann drüben Sergeant war, und die die Soldaten immer mit Liebesanträgen verfolgten. Neugierig sahen die Dorfbewohner uns Fremden nach, bis wir in das Haus des Bäckers Cognot eintraten.

Vom Hofe her kam uns eine Frau entgegen. Ich erkannte sie wieder. Es war die Tochter. Sie trug im Kriege die Haare nach Mädchenart in langen Zöpfen, weil sie der heiligen Jeanne d'Arc gelobt hatte, es so zu halten, bis die Deutschen wieder das Land verlassen hätten. "Sie kennen mich wohl nicht mehr, Madame?" fragte ich, um nur etwas zu sagen. Doch sie hatte mich sehr gut erkannt: "Aber ja, mein Herr! Sie sind Korporal Gérard." Ich stellte meine Frau vor. "Bitte, treten Sie ein! Eine Tasse Kaffee, bitte?" Der Bann war gebrochen. Die Begrüssungszeremonie war die gleiche wie im Kriege. Wenn die junge Frau nun gleich die Kaffeeschalen und die Flasche Eau de vie auf den Tisch setzte, würde sie sagen: "Bitte, nehmen Sie Zicker? Den Branntwein im Kaffee oder gesondert?" Und wirklich geschah es so. Dann erzählte sie. Grossmutter sei

kurz nach dem Kriege gestorben, und Mutter habe die Aufregungen auch nicht überstanden. Ach, es sei eine schlimme Zeit gewesen. Kein Stück Vieh war mehr auf den Weiden, und die letzten Hühner waren auch geschlachtet. Bis nach Paris musste man fahren, um neue zu kaufen. Wie zur Entschuldigung sagte die junge Bäuerin: "Ja der Krieg ist keine lustige Sache, Madame!" Und zwischen ihren Worten klang: "Ja, Sie, Madame, haben den Krieg fern vom Schuss erlebt!"

Auf dem Hofe schrie Gustave, der kleine Junge: "Papa!" Der junge Bauer kam vom Melken heim. Er war Poilu gewesen. Bei Verdun und an der Somme. Während wir Männer vom Kriege sprachen, zeigten sich die Frauen die Bilder ihrer Kinder. Dann kam Meister Cognot nach Hause. Er war alt geworden und erkannte mich zuerst nicht wieder. Aber dann polterte er lachend los: "Also sind Sie doch noch einmal ohne "pique-pique" (Helm) gekommen!" Und auf einmal sprach er wieder mit mir in jenem Soldatenjargon, der dreiviertel Französisch, ein bisschen Deutsch und ein bisschen Unsinn, aber doch verständlich ist.

Lange sassen wir zusammen und tauschten Erinnerungen aus. Und plötzlich, wie zur Entschuldigung, sagte Meister Cognot zu meiner Frau: "Ah! Malheur la guerre, Madame!" Das war das Stichwort, dass er über den Krieg nicht mehr sprechen wollte. Wir machten photographische Aufnahmen. Ich musste versprechen, Abzüge zu schicken. "Sie müssen sie holen", sagte ich, "jetzt sind Sie mit Ihrem Besuch an der Reihe!" Er lächelte und wehrte ab. "Sie brauchen keine Angst zu haben!" Er lachte. "Nein, deswegen nicht. Aber wir sind Landleute und kommen nicht aus unserm Dorfe heraus. Sie müssen wiederkommen! Es ist ja Ihr Beruf, zu reisen!" Und der Abschied war genau so herzlich wie damals, als wir nach monatelangem Aufenthalt in der Verwundetenkompanie wieder ausrückten.

Gert Schreiner.

Die Sage von der Baumgans.^x

SPD. Von einem Meerestiere kennt man ein sonderbares Schauspiel. Ein mikroskopisch winziges Tierchen, eine schwärmende Spore, setzt sich irgendwo fest und wächst sich zu einer Art Pflanze aus. Dies Pflanzenwesen fängt an, sich in sonderbarer Weise zu gliedern. Bald sieht es aus wie eine Reihe Weihnachtskugeln. Die Weihnachtskugeln werden flach, schliesslich tellerförmig, und endlich machen sie sich ganz und gar selbständig und schwimmen einzeln davon. Sie sind zu Quallen geworden. Und von diesen Quallen kommen wieder kleine Schwärmsporen, die sich aber nicht in rechter Manier auswachsen, sondern erst wieder zu Pflanzen werden. Generationswechsel nennt man das Schauspiel, und es sieht beinahe so aus, als lösten sich Tier und Pflanze in regelmässiger Geschlechterfolge ab.

Es sieht aber nur so aus. - In Wirklichkeit gibt es ein derartiges Durcheinander der beiden Naturreiche des Tier- und Pflanzengeschlechtes nicht. Das hindert jedoch nicht, dass man lange Zeit hindurch versucht hat, einen leibhaftigen Zusammenhang zwischen hochstehenden Vertretern beider Reiche zu konstruieren. Ich meine die Sage von der Bernickelgans, übrigens fast die einzige Sage von einem Fabeltier, die nicht im klassischen Altertum wurzelt, sondern erst im frühen Mittelalter bei frommen Kirchenleuten auftaucht. Der Inhalt der Sage ist, sehr kurz zusammengedrängt, der, dass die Bernickelgans nicht, wie die anderen Vögel alle, aus Eiern entsteht, sondern aus den Früchten eines seltenen Baumes. Natürlich gab diese Ansicht schnell Anlass zu der Folgerung, dass man das Fleisch dieser Vögel an Fasttagen essen dürfe, da es sich ja eigentlich um eine etwas sonderbare und bewegliche Baumfrucht handele. Später hat man vermutet, die ganze Geschichte sei von kirchlichen Schriftstellern erfunden worden, um die Fasttagsspeisenkarte um den leckeren Braten bereichern zu können.

Diese an und für sich gar nicht unlogische Ansicht ist aber doch als verfehlt zu betrachten. Der Entwicklungsgang der Bernickelgans ist ein anderer und auch komplizierterer. Die bestimmende Grundansicht war, dass Vögel und Fische eines Fleisches seien - eine Annahme, die schon von Basilius dem Grossen und dem Heiligen Ambrosius verkündet wurde, jedoch ohne bestimmte Bezugnahme auf gerade einen Vogel. Ausserdem war man nach den Lehren des Aristoteles davon überzeugt, dass kleine lebende Tiere aus unbelebter Substanz entstehen könnten. Fokgerichtig versuchte denn auch der gelehrte Dominikanermönch Thomas von Chantimpré, der um 1210 bei Lüttich geboren war, für die zu seinen Zeiten schon ausgebeute und feststehende Fabel auf antike Quellen zurückzugehen. Er behauptet dabei frisch und frei, dass ja Aristoteles schon gesagt habe, diese Vögel wüchsen auf Bäumen. In Wahrheit hatte Aristoteles lediglich seiner Ansicht Erwähnung getan, dass im faulenden Holze Insekten selbst entstünden, aber das nahm man im Mittelalter nicht so genau; Vögel und Insekten galten einander gleich, da sie beide fliegen können.

Tatsächlich ist die Urquelle der Fabel aber wohl jüdischen und nicht griechischen Ursprungs. Im "Sohar" wird erzählt, der Rabbi Abba habe einen Baum gesehen, aus dessen Früchten Vögel abgeflogen seien. (Sehr gut möglich; nur waren sie nicht die Baumfrüchte selbst.) Der Sohar aber muss teilweise schon um das Jahr 500 entstanden sein.

Zu Zeiten des Thomas war den strengen Orden der Genuss von Vogelfleisch an Fasttagen (auf dem Konzil zu Aachen 817) schon untersagt worden. Doch damit begann erst der Wettstreit der Erklärungen für den pflanzlichen Ursprung der Baumgans. Dabei ergab sich eine sehr interessante lokale Konzentration auf den Nordwesten Europas. Der sagenhafte Baum, der die Gänse trage, sollte bald auf den Orkney-Inseln, bald in England, bald auf den Färöer-Inseln wachsen; mit der Geographie nahm man's eben auch nicht sehr genau! Bei der Suche nach einem vermittelnden Wesen zwischen Baumfrucht und fertiger Gans - das glatte Abfliegen reifer Vögel aus den Früchten wollte man nicht mehr erzählen - stiess man auf ein sonderbares Meerlebewesen, die sogenannte Entenmuschel, ein Ding, das nach allem Möglichen aussieht, in Wirklichkeit aber ein Krebs ist,

Sylvester Gyraldus - im Anfang des dreizehnten Jahrhunderts - schwört, die unreifen Vögel in allen Entwicklungsstadien gesehen zu haben. Das Ursprungsland ist für ihn Irland. Jacobus de Vitriaco will wenige Jahrzehnte später den Vogelbaum durchaus an die flandrische Küste gesetzt wissen. Albert der Grosse bekämpft die ganze Fabel als "gänzlich absurd". Odoricus von Pordenno findet trotzdem Aehnlichkeiten mit dem osteuropäischen Pflanzenlamm. Allmählich aber wurde man immer misstrauischer. Boethius, Kanonikus von Aberdeen, sagt, die Baumgans entstehe nicht aus Baumfrüchten und nicht aus Holz, sondern aus Würmern, die sich im Holz bilden, was auch der recht phantastische Olaus Magnus behauptet. Trotzdem wäre die Sage damals schon erledigt gewesen, wenn nicht der Erneuerer der Zoologie, Konrad Gesner in Zürich, bei der Nachfrage über die Geschichte des Gyraldus an einen Geistlichen (Octavius) geraten wäre, der ihre Echtheit ohne grosse Skrupel beschwor. So wurde sie durch die weitverbreiteten Tierbücher Gesners von neuem aufgefrischt und überzeugte auch kraft der Gesnerschen Autorität viele Zweifler. Erst gegen Beginn des 18. Jahrhunderts geriet die Mär völlig in Vergessenheit.

Welche Mühe man sich gab, die alte Ueberzeugung mit neueren Erkenntnissen gewaltsam zu vereinigen, möge zum Schluss eine knappe Schilderung der weit-schweifigen Auseinandersetzung des sehr gelehrten Jesuiten Athanasius Kircher zeigen. Kircher sagt, es sei ja nicht zu bestreiten, dass die Vögel Eier legen, und ein Teil entstehe auch auf natürlichem Wege daraus. Ein anderer Teil aber habe folgende Geschichte. Das Meer zerbreche viele auf Eisschollen abgelegte Eier, deren Inhalt gewisse Bäume und auch treibende Holzstücke befruchte, so dass im Holze Würmer und aus diesen später Vögel keimen müssten.

Bei uns sind das ungetrennte Wesen. Die Gans ist eine Gans, der Baum

ein Baum und die Entenmuschel ein Krebs von sonderbarer Form. Eigentlich schade - der Baum, an dem die Krebse reif werden, aus denen dann Gänslein entspriessen, wäre doch viel amisanter gewesen.

Willy Ley.

Der sprachgewandte Kellner.*

SPD. Ich sitze in dem kleinen Café der Punta Tragara in Capri und sehe nach der Sonne, die eben hinter den Monte Solaro taucht. Am Nebentisch ruft ein Gast den Kellner: "Cameriere, pagara!" ("Kellner, zahlen!")

Der dicke Herr an meinem Tische fragt die dicke Dame neben ihm: "Wollen wir nich auch gehn, Dorjn?" Dorchen nickt: "Ja, wenn de Sonne weg is, wird's mr immr zu gald hier oben."

Er zückt darauf die Briefftasche und ruft: "Gammrjäre, backare!" Der Kellner versteht das natürlich nicht. Dringender ruft der Dicke: "Gammrjäre, backare!" Der Kellner starrt träumerisch nach der Sonne. Da nimmt der Dicke ein Fünflirestück, klopft damit auf den Marmor des Tisches und ruft, nein:brüllt, zum drittenmal: "Gammrjäre, backare!"

Der Kellner kommt sofort angeflitzt: "Signore... ?"

"Backare!" sagt der Dicke mit beleidigtem Gesicht.

"?????"

"Backare!" schreit der Dicke und zeigt dem Kellner das Geldstück.

Ein freudiges Grinsen überzieht das Gesicht des dienstbaren Geistes; "Ah, il Signore vuole pagare! Certamente...!"

"Si, si, backare!" mordet der Dicke das schöne Wort "Pagare" weiter. Und sagt darauf zu Dorchen: "Das had awr lange gedauerd, bis der das begriffn had!" Worauf der Kellner zu allseitigem Erstaunen erklärt: "Sie haddn zwei Gaffee und ein Schdiggn Guchn, nich wahr?"

"Ja," nickt der Sachse. "Saachn Se mal, Sie schbrechn wohl Deudsch?"

"Nu, freilich, Signore!"

"Wo ham denn Sie das gelernd?"

"Na, hier in Idaljn. Da had mr's doch so viel mid Deudschn zu dun, und da hawe ich mir ähmd in den zehn Jahren angeweend, Hochdeudsch zu schbrechn. Hier yrgeehr doch so viele Herren aus Leibzch, und da hawe ich das ähmd mid dr Zeid gelernd."

Der Dicke darauf zu seiner Frau: "Hibsch gann der das, nich wahr, Dorjn? Und vollgommen ohne Aggzend!"

Kurt Miethke.

Geschichte unsrer Zeit.

SPD. Der Kunsthistoriker Martin Krüger, Direktor der Staatlichen Kunsthalle in München, kauft einige Bilder an, die in der bayerischen Oeffentlichkeit Aergernis erregen. Das Aergernis zieht seine Kreise. Martin Krüger beschwört in einem Disziplinarverfahren gegen eine ihm befreundete Malerin, dass er nicht mit ihr intim verkehrt habe. Der missliebige gewordene Martin Krüger muss entfernt werden; man strengt einen Meineidsprozess gegen den Unschuldigen an. Martin Krüger wird zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Eine Frau, die ihn liebt, kämpft um seine Freilassung. In diesem Kampfe verschwimmt das private Schicksal des Doktor Krüger. Dieses Einzelschicksal wird nur zum Vorwand, um den vielfachen Zusammenhängen der Rechtspflege mit Politik und Wirt-

schaft in aller Ausführlichkeit nachzugehen.

Es ist ein richtiger Jahrmarkt der Gerechtigkeit, den der Dichter Lion Feuchtwanger, in seinem zweibändigen Roman "Der Erfolg" vor dem Leser ausbreitet. Die Jahre 1920 bis 1923 werden wieder lebendig: Drei Jahre Geschichte einer Provinz, drei Jahre politischen, wirtschaftlichen Verlaufes im Volksstaat Bayern. Es sind die Jahre, in denen die junge deutsche Republik - nicht nur der Volksstaat Bayern - bis in ihre Grundmauern erschüttert wurde. Es sind die Jahre, in denen die Inflation jene gewaltige gesellschaftliche Umschichtung einleitete, deren Auswirkungen heute noch den Gesellschaftskörper Deutschlands erschüttern. In diesen Jahren ist auch die Bewegung der Wahrhaft Deutschen hochgekommen - so nennt Feuchtwanger Hitlers Partei im Roman - begünstigt vom Absinken gesicherten Mittelstandes in ein gehasstes Proletariat. Rupert Kutzner (Hitler) macht seine ersten politischen Gehversuche, treu begleitet von seinem Schauspieler-Lehrer Stolzing, der ihn Pose und Rede lehrt. Die bayerische Grossindustrie päppelt die Wahrhaft Deutschen so lange hoch, bis sie sich mit der französischen Industrie "verständigt" hat. So versackt Rupert Kutzners (Hitlers) Putsch, weil "die heimlichen Regenten" jetzt plötzlich "Ordnung" wollen. Das private Schicksal des Doktor Martin Krüger wird unwichtig. Er stirbt kläglich im Zuchthaus, gerade als sein europäischer Ruhm als Kunstschriftsteller sich zu verbreiten beginnt, gerade als ein amerikanischer Geldgeber die Begebung einer Anleihe an Bayern von der Begnadigung Krügers abhängig macht.

Feuchtwanger gestaltet diese Epoche mit mutiger, unmissverständlicher Schärfe. Er erhebt die Geschichte dieser Provinz ins Allgemeingültige. Er durchdringt, erklärt diese Jahre in seltener Umfassung, in gemessener Meisterschaft. Eine starke, befreiende Kraft geht von diesem Buch aus; ein aufrechter Republikaner hält seiner Zeit einen Spiegel vor. Das Bild, das dieser Spiegel zeigt, mag unsre Gegenwart bestimmen, ihr Gesicht zu pflegen.

J.P.Mayer.

SPD. Ein Konjunkturjäger.^x Zaresch ist ein Berliner Karikaturist. Zaresch hat ein abgeschabtes Mäntelchen, das er nach dem Wunde zu hängen pflegt. Gleich nach der Revolution war er Kommunist, versteht sich. Als die Inflation vorübergerauscht war, ging er unter die Demokraten. Als die Demokraten immer weniger wurden, da tat Zaresch etwas Ersteinliches. Er ging zur Redaktion einer Nazi-Zeitung und legte dort ein paar schmissige Blätter vor, auf denen der ver-röchelnde Marxismus naturgetreu dargestellt war. Die schmissigen Blätter wurden akzeptiert.

Neulich sagte ein bekannter geistvoller Kulturhistoriker: "Wenn du mal beerdigt wirst, dann gehe ich nicht mit zur Beerdigung."

"Na, ja, du als Vertreter eines abgewirtschafteten Systems..."

"Nein, nicht deswegen. Nur wäre zu fürchten, dass du unterwegs zur Beerdigung plötzlich den Friedhof wechseln möchtest..."

SPD. Ein kleiner Leckerbissen.^x "Wie fanden Sie das Schnitzel?" erkundigt sich höflich ein Kellner.

"Sehr einfach", erwidert der Gast. "Ich räumte den ganzen Berg Kartoffeln beiseite, und so fand ich das Schnitzel."

acht Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt. Ein Jahr und acht Monate der Untersuchungshaft werden angerechnet. Die gleiche Strafe erhielt der Händler Wilhelm Becker, mit dem Unterschied allerdings, dass ihm nur ein Monat der Untersuchungshaft angerechnet wird. Die Ehefrau des Becker erhielt wegen militärischen Landesverrats in Tateinheit mit Diebstahl und Vergehens gegen das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb ein Jahr neun Monate Gefängnis. Ein Jahr und acht Monate der erlittenen Untersuchungshaft werden angerechnet. Der Bauingenieur Kühling wurde wegen versuchten militärischen Landesverrats in Tateinheit mit Vergehens gegen das Wettbewerbsgesetz zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus verurteilt. Kühling werden $1\frac{1}{2}$ Jahre der erlittenen Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht. Weiter erhielten noch der Reichswehrgefreite Paul Vollrath zwei Jahre und der Berliner Bäckergehilfe Haugk neun Monate Gefängnis. Der Kaufmann Leonhard Stau wurde zu sechs Jahren Zuchthaus und der Reichswehrobergefreite Sarter zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Der Schleifer Franz Altmann erhielt drei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust.

Die bei den Angeklagten gefundenen Spionagegelder wurden als dem Staat verfallen erklärt. Die Begründung des Urteils erfolgte unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

SPD. Jena, 4. Juli (Eig. Drahtb.)

Das hiesige Schöffengericht verurteilte den Führer der Jenaer SA, den Nationalsozialisten Gollansky, wegen schweren Landfriedensbruchs zu 3 Monaten und seinen Komplizen Lengelsen, ebenfalls ein Nationalsozialist, zu 6 Monaten Gefängnis. Beide hatten im Dezember vorigen Jahres den Kellner Höllein, einen Bruder des verstorbenen kommunistischen Reichstagsabgeordneten, überfallen und misshandelt. Höllein wurde von den beiden Nationalsozialisten besinnungslos geschlagen und blieb längere Zeit blutüberströmt auf der Strasse liegen.

SPD. Limburg, 4. Juli (Eig. Drahtb.)

Tag für Tag stehen im Scheuen-Prozess Straube und sein famoses Erziehungssystem unter Anklage. Der Arzt Dr. Redemann, der den Zögling Ledebur zuerst untersuchte, sagte am Sonnabend aus, dass ihm Straube mitgeteilt hätte, die Erkrankung Ledeburgs könnte mit einer Grippe zusammenhängen. Er, Dr. Redemann, habe sich durch diese Irreführung beeinflussen lassen und von einer sofortigen Ueberführung des Jungen in ein Krankenhaus Abstand genommen. Der Leiter des Celler Krankenhauses, Dr. Wehl, stellte fest, dass erst nach dem Tode Ledeburs an der Innenseite des Schädels kleine Durchschlagstellen entdeckt worden seien, die ausserlich bereits verheilt waren. Hätte er gewusst, so erklärte Dr. Wehl, dass Ledebur mit einer Hacke geschlagen worden sei, so hätte er diese Stelle nachgesehen und wahrscheinlich den Jungen retten können. Zwei Zöglinge wollen gesehen haben, wie Ledebur nachts blutüberströmt ins Haus gebracht worden sei. Andere Zöglinge bestätigen, dass die Angestellte Knoblauch mit einer Hundepeitsche auf den Angeklagten Puls losgegangen sei.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

"Aus aller Welt"

"Hungere dich - gesund!"

Eines Hungerapostels Glück und Ende - Die Gläubigen ergreift Entsetzen.

SPD. Anfänglich schien es nur die Manie eines Besessenen zu sein. Die Jahre vergingen aber, und die "Manie" breitete sich immer mehr aus. In den Salons, in den Caféhäusern Belgrads, bei Familienzusammenkünften hörte man es immer häufiger: "Ich habe eine vierwöchige Fastenkur durchgemacht." "Ich beginne nächste Woche ein dreiwöchiges Fasten."

Die Idee des Russen Suworin, eine Unmenge von Krankheiten durch Fasten zu heilen, fand täglich mehr Anhänger und rief bereits die ernsteste Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit hervor. Alle Welt sprach von der seltsamen Suworin-Lehre....

Wer ist Suworin und worin besteht seine Lehre? Suworin lebt seit Kriegsende als russischer Emigrant in Jugoslawien. Früher war er in Russland ein angesehenen Journalist. Bereits seit dem Jahre 1912 beschäftigt er sich mit dem Studium der Wirkungen des langandauernden Fastens auf den menschlichen Organismus. Er ist ein Seitenstück des auch in Deutschland gut in Erinnerung stehenden Ungarn Bicsérdy, nur noch radikaler als dieser. Er ging, wie er in seinem Buch erzählt, von der Lehre Metschnikows aus, dass man bei freiwilligem Fasten nur in den ersten 20 Stunden Hunger verspüre. Durch häufiges längeres Fasten gelangte Suworin zu der Ueberzeugung, dass das systematische Fasten die Folge hat, im menschlichen Organismus einen Prozess hervorzurufen, den Suworin den "natürlichen automatischen Prozess der innerlichen tiefen Reinigung des Organismus" nennt. Der Titel ist etwas langatmig, die Wirkung dafür auch angeblich umso durchschlagender. Suworin wendet seine "Heilmethode" des Fastens bei folgenden Krankheiten an: Magen- und Darmgeschwüre, Lungenemphyse, Aortaerweiterung, Sklerose, Diabetes, chronische Katarrhe, Gallen- und Nierensteine, Rheuma und Gicht, Neurasthenie, Malaria und Hämorrhoiden. Dieses Krankheitsbündel will der Wunderdoktor allein mit seiner Fasten-Theorie erledigen. Aber er behauptet auch, bei Lues, Tuberkulose, Skrofulose und Krebs mit seiner Methode bedeutende Resultate erzielt zu haben.

Der Prozess der "vollkommenen Reinigung" wird, so sagt Suworin, durch Fasten von vierzig Tagen Dauer erreicht. Bei manchen Krankheiten hilft aber auch eine kürzere Dauer. Fasten im Sinne Suworins bedeutet vollkommener Verzicht auf jedes Essen. Nur der Genuss von einigen Gläsern Limonade oder Tee mit wenig Honig täglich ist erlaubt.

Suworin gelang es, innerhalb einiger Jahre in Belgrad und in vielen anderen Orten Jugoslawiens eine gewaltige Gemeinde von Anhängern zu gewinnen, die mit fanatischem Glauben an ihrem Führer hängen. Er ist sozusagen der Wunderdoktor Weissenberg von Jugoslawien. Die Belgrader Aerztekammer machte zwar einen Versuch, die Tätigkeit Suworins zu verhindern, aber sie drang nicht durch. In ihrem Gutachten an das Belgrader Gesundheitsministerium machte sie auf die gemeingefährliche Kurpfuscherei Suwarins aufmerksam. Die Sache gelangte damals vor den obersten Sanitätsrat, der in einer umfangreichen Abhandlung u.a. folgendes ausführte: "Suworins fixe Idee ist die Rettung der Menschheit durch das Hungern. Er lässt seine Opfer vierzig Tage lang fasten, ohne eine Ahnung davon zu haben, welche Folgen der Nahrungsmangel für die einzelnen Körperorgane hat. Suworin beruft sich auf den Hund, der die Nahrungsaufnahme verweigert, wenn er

krank ist; also muss der Mensch hungern, wenn er wieder gesunden soll." Am Schluss wurde gesagt, dass die Kurpfuscherei Suworins eine Gefahr bedeute; denn sein wahnsinniges System führt zum Tode solcher Kranken, die durch entsprechende ärztliche Behandlung wiederhergestellt werden könnten.

+

Doch auch die Gutachten genügten nicht, Suworin unschädlich zu machen. Erst nachdem einige seiner Anhänger durch die Hungerheilmethoden ihr Leben eingebüsst hatten, schritt das jugoslawische Gesundheitsministerium ein und legte Suworin das Handwerk. Auf Grund zahlreicher Anzeigen wurde ihm unter Androhung einer strengen Kerkerstrafe das Zu-Tode-Heilen verboten... Unter den Gläubigen aber ist eine Panik ausgebrochen. Was steht noch fest auf dieser Erde, wenn selbst Suworin ein Verräter ist - - - - ?!

=0=

+

Ein Leprafall. In die Königsberger Medizinische Klinik wurde ein Arbeiter namens Paul Stammer unter dem Verdacht eingeliefert, leprakrank zu sein. Die Diagnose des Direktors der Klinik bestätigte den Verdacht.

+

Folgen der Nazikrawalle. Die rechts- und linksradikalen Pöbeleien an der Berliner Universität haben für den Universitätspedell Rowald schlimme Folgen gehabt. Der seit vielen Jahren im Dienst stehende Pedell hat infolge der vielfachen Erregung, die die Unruhetage für ihn gebracht haben, einen schweren Nervenzusammenbruch erlitten. In einem Anfall von Verfolgungswahnsinn stürzte er am Sonnabend vormittag, laut um Hilfe schreiend, durch die Räume der Universität, wobei er sich von schiessenden Leuten verfolgt glaubte. Der Unglückliche, dessen Toben grosse Aufregung hervorrief, wurde zum Universitätsarzt gebracht.

+

Erschossener Räuber. In einer Wirtschaft in Recklinghausen versuchte ein Handwerksbursche die Ladenkasse auszurauben. Als der 21jährige Sohn herbeieilte, ergriff der Räuber auf seinem vor der Tür stehenden Fahrrad die Flucht. Der Sohn des Wirtes sandte ihm eine Kugel nach, die ihn tödlich in den Kopf traf.

+

Ueberfallener Bankier. In den Geschäftsräumen eines Berliner Bankiers erschien am Sonnabend mittag ein Mann im Alter von etwa 30 Jahren, der versicherte, dass er den Bankier in einer "dringenden vaterländischen Sache" sogleich sprechen müsse. Als ihn der Bankier in seinem Privatkontor empfing, sagte der Fremde, dass er unbedingt 18 500 Mark haben müsse, die zu "höchst vaterländischen Zwecken" sofort gebraucht würden. Ueber den Zweck liess er sich nicht näher aus, murmelte etwas von "Spartakiade" und zog schliesslich einen Revolver, den er auf den Bankier richtete. Der war geistesgegenwärtig genug, sich laut um Hilfe rufend, auf den unheimlichen Besucher zu stürzen. Der Mann mit den "vaterländischen Zwecken" versuchte nun zu entfliehen, wurde aber mit Hilfe des inzwischen alarmierten Ueberfallkommandos festgenommen. Auf der Polizeiwache verweigerte der Attentäter jede Auskunft.

+

Ueberschwemmungskatastrophe. Wie aus Schanghai gemeldet wird, sind grosse Landstriche der Mandschurei von einer Ueberschwemmungskatastrophe heimgesucht worden. Hunderte von Menschen sind ertrunken, Tausende obdachlos geworden.

+

Goldgräber-Tragik. Im Staate Sinaloa (U.S.A.) wüthet in der Goldgegend von El Tambor eine Typhusepidemie, die täglich Dutzende von Personen hinrafft. Die Goldgräberfamilien sind der Tücke der Krankheit hilflos ausgesetzt, da es an Aerzten und Medikamenten fehlt.



Eine kritische Woche.

Mitte Juli Auswirkung der Notverordnung.

SPD.Kritische Tage sind in Sicht. Die Schwägerung der Arbeitslosenunterstützung wird ab 13.Juli in Kraft treten. Nicht von ungefähr ist von den Kommunisten für den 15.Juli ein "Reichserwerbslosentag in Form von Demonstrationen und Kundgebungen als Protest gegen den Hungerfeldzug der Brüningregierung" angesetzt. Die Herrschaften, die für die Abänderung der Notverordnung keinen Finger rühren, sondern das mühselige Geschäft des Härtenabbaus den Sozialdemokraten überlassen, dürsten nach neuem Ruhm. Sie wollen die armen Teufel von Erwerbslosen vor die Gummiknüppel und Revolver der Polizei treiben. Sie brauchen "Bluthunde" für ihre Agitation. Die Herrschaften sind ärgerlich. Es dauert ihnen zu lange, bis der Zusammenbruch kommt. Sie wollen deshalb etwas nachhelfen. Sie beeilen sich, die Beruhigung der Wirtschaft, die seit der Hoover-Aktion eingesetzt hat, durch blutige Krawalle und Vorbereitungen zu Bürgerkrieg in eine neue Beunruhigung zu verwandeln. Ihr Ehrgeiz ist, den Mitte Juli nach Berlin kommenden Führern der englischen Arbeiterregierung zu zeigen, dass in Deutschland bereits Moskau den Ton angibt.

Kein Zweifel: die Julimitte birgt allerhand Gefahren, und es ist besser, rechtzeitig dagegen Vorsorge zu treffen, als sich von Ereignissen überraschen zu lassen. Es sind Millionen von Menschen, die den Unterstützungsabbau recht schmerzlich verspüren. Die Senkung der Unterstützungssätze beträgt im Durchschnitt 10%, in den unteren Gruppen weniger, in den oberen mehr; dazu kommen Verlängerung der Wartezeit, früheres Ausscheiden aus der Unterstützung der Versicherung und noch verschiedene andere Verschlechterungen. Das alles sind bittere Dinge für den, den's trifft. Sind es auch in vielen Fällen nur einige Mark Verlust - für Leute, die mit jedem Pfennig rechnen müssen, bedeutet solch ein Verlust sehr viel. So mancher Arbeitslose wird in Enttäuschung, Verbitte rung und Erregung das Arbeitsamt verlassen. Der Verzweifelte ist eine leichte Beute für die gewissenlosen Subjekte, die seine Empörung schüren, ohne ihm die Möglichkeit zu bieten, ein Stück Brot mehr zu bekommen.

Die Arbeitsämter werden einen schweren Stand haben. Die Erregung der Enttäuschten wird sich manchmal vielleicht recht drastisch Luft machen. Die Herren, die am grünen Tisch die Notverordnung ausgeheckt haben, sind weit weg vom Schuss. Die Angestellten der Arbeitsämter, die für die Notverordnung gewiss nichts können, müssen den Kopf hinhalten. Sie haben die traurige Aufgabe, so manchem armen Teufel eine neue Hiobsbotschaft mitzuteilen.

Die Polizei steht vor einer unendlich schwierigen Aufgabe. Die kommunistischen Bürgerkriegsstrategen lauern auf den Augenblick, wo sie die Arbeitslosen gegen die Polizei vorhetzen zu können glauben. Auf der anderen Seite ist die Polizei gezwungen, künftig mit weniger Nachsicht als bisher gegen rabiate Elemente vorzugehen. Bisher musste sie in vielen Fällen ihre Nachsicht teuer bezahlen, wie die jüngsten Ermordungen von Schutzpolizeibeamten bei kommunistischen Demonstrationen beweisen. Die Polizei weiss aber auch nur zu gut, dass man einen Arbeitslosen, der voll bitterer Enttäuschung das Arbeitsamt verlässt, nicht mit einem Rowdy irgendeiner Kozi- oder Nazihorde auf eine Stufe stellen kann. Die Polizei hat mehr wie andere Leute Einblick in so manchen Haushalt der Arbeiterquartiere. Sie hat daher auch Verständnis für die Not und den Seelenzustand der durch die Arbeitslosigkeit oft an den Rand der Verzweiflung ge-

triebenen Menschen.

Man darf erwarten, dass alle verantwortlichen Stellen: Arbeitsämter, Polizei und nicht zuletzt auch die Presse, vor allem aber die Reichsregierung selbst alles tun, damit die kritische Julimitte glimpflich vorüber geht. Die Regierung hätte dazu ganz besonders die Möglichkeit in den Verhandlungen mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften zur Beseitigung der schlimmsten Härten der Notverordnung. Die Verhandlungen sind bereits im Gang. Sofort nach Abschluss der amerikanisch-französischen Beratungen zur Sicherung der Höpfer-Aktion müsste so rasch wie möglich an die Beseitigung untragbarer Härten herangegangen werden.

Wir wissen, dass es fast an Geschmacklosigkeit grenzt, einem Menschen, dem der Magen vor Hunger weh tut, und der seit Jahr und Tag in dem grauen Elend der Dauerarbeitslosigkeit steckt, Vernunft zu predigen. Es ist viel verlangt, wenn man von einem Arbeitslosen fordert, trotz des Opfers des neuen Unterstützungsabbaus stillzuhalten und die Nerven zu behalten. Und dennoch! So bitter sie schmeckt, so richtig ist doch die Ueberlegung, dass gerade der Arbeitslose allen Grund hat, alles zu vermeiden, was den Zusammenbruch fördert. Den Letzten beißen bekanntlich zuerst die Hunde, und der Letzte ist der Arbeitslose. Es wäre verhängnisvoll, wenn die unleugbaren Ansätze einer psychologischen Beruhigung in der Wirtschaft wieder vernichtet würden. Diese psychologische Beruhigung ist im Augenblick fast unser einziges Aktivum; denn nach wie vor ist Deutschlands Lage wahrhaftig ernst genug. Erst wenn sich der Alldruck, der auf der Wirtschaft lastet, löst, können vorhandene Antriebsmöglichkeiten, wie die Billigkeit der Rohstoffe und die Bedarfsdrosselung sich auswirken. Das psychologische Moment spielt in der Wirtschaft nun einmal eine eminent grosse Rolle, eine viel grössere, als gemeinhin angenommen wird. Der Wirtschaft geht es wie dem Menschen: die Genesung macht um so schnellere Fortschritte, je mehr Beruhigung und Vertrauen wiederkehren.

Gerade der Arbeitslose kann nur gewinnen, wenn möglichst bald wenigstens eine gewisse Entlastung auf dem Arbeitsmarkt in Erscheinung tritt. Jedenfalls sind nur dann ernsthafte Aussichten vorhanden, dass die Härten der Notverordnung schnell und durchgreifend wieder rückgängig gemacht werden.

Also: Kaltes Blut trotz alledem! Zerschlagene Türen, zerbrochene Fenster und blutige Schädel schaffen kein Brot.

SPD. Die Verhandlungen zwecks Neuabschluss eines Tarifs für die Angestellten der Arbeitsämter, die sich infolge der engbegrenzten Vollmachten der Unterhändler auf Arbeitgeberseite zeitweilig sehr schwierig gestaltet hatten, sind nunmehr abgeschlossen. Die Neuregelung bringt gegenüber dem bisherigen Zustand wesentliche Änderungen. Der grösste Teil der von der Reichsanstalt unter dem Druck der Arbeitgeber geforderten Verschlechterungen konnte abgewehrt werden. Die Unterzeichnung des Vertrages ist für Ende Juli zu erwarten, nachdem die Angestelltenorganisationen erklären liessen, dass sie ihren Mitgliedern die Annahme des Verhandlungsergebnisses empfehlen könnten.

Die Frage eines besonderen Schiedsabkommens ist noch offen.

Das Reichsarbeitsministerium wird in der kommenden Woche seine Verhandlungen über Verkürzung der Arbeitszeit wieder aufnehmen. Die Beratungen werden mit der Brau-, Chemie-, Keramik- und Zementindustrie sowie mit dem Gastwirts-gewerbe fortgesetzt.

SPD. Der grosse Streik im nordfranzösischen Textilgebiet von Roubaix und Tourcoing geht zu Ende. Es kam zu einer Einigung zwischen einem Teil der Textilunternehmer und den sozialistischen und christlichen Gewerkschaften auf der Basis eines vom Ministerpräsidenten Laval gemachten Vermittlungsvorschlags. Danach wird den Arbeitern und Angestellten zwar die Anwesenheitsprämie, die als Ausgleich für die Beiträge zur neu eingeführten Altersversicherung gewährt wurde, nicht weiter gezahlt, aber eine Lohnerhöhung von 3% gewährt, die allerdings ab 15. September wieder auf 1% zurückgeht. Das Abkommen kann mit einer Frist von 3 Monaten gekündigt werden. Beide Parteien haben sich jedoch verpflichtet, von dieser Klausel nicht vor dem 31. Mai 1932 Gebrauch zu machen.

Die Vereinbarung umfasst etwa 60 Fabriken mit einer Belegschaft von zusammen 50 000 Arbeitern, die am Montag die Arbeit wieder aufnehmen. Die übrigen Arbeiter, die bei den dem Textilkonsortium angeschlossenen Firmen beschäftigt sind, streiken weiter, da das Konsortium zu keinem Entgegenkommen bereit ist.

SPD Die Reichsknappschaft hat die für Juli fällige Zuwendung des Reichs bisher nicht erhalten. Unter diesen Umständen war es ihr nicht möglich, für den Monat Juli die vollen Pensionen zu zahlen. Sie hat nur die gekürzten Leistungen ausgezahlt, die sie nach Annahme der Satzungsänderung als vorläufige Massnahme auch bei voller Zuwendung des Reiches nach der Notverordnung hätte durchführen müssen. Nach dieser vorläufigen Massnahme waren alle Pensionen um 10%, das Kindergeld um die Hälfte, das Waisengeld, weil es stets mit reichsgesetzlichen Waisenrenten zusammenfällt, um 55% und die Sterbehilfe um 50% zu mindern. Auch die gekürzten Leistungen konnte die Knappschaft für Juli nur nach äusserster Anspannung der Mittel zahlen.

Für den Monat August würde sie, wenn ihr weiter die Zuwendungen des Reiches durch den Reichsarbeitsminister gesperrt bleiben, nur 45% der Leistungen aus den Beiträgen der Mitglieder zahlen können. Der flüssig gemachte Vermögensteil ist durch die finanzielle Krise nach Wegfall der Mittel aus der Lex Brüning restlos verbraucht. Sperrt der Reichsarbeitsminister Stegerwald noch weiter der Knappschaft die Zuwendungen des Reiches, dann müssen die Knappschaftsrentenempfänger die Wohlfahrtspflege in Anspruch nehmen. Zum grossen Teil sind sie bereits nach den vorläufigen Kürzungen dazu gezwungen. -

Als am 24. Juni die Vertreter der Bergarbeiter in der Hauptversammlung der Reichsknappschaft die von der Notverordnung geforderte Minderung der knappschaftlichen Pensionskassenleistungen durch Aenderung der Satzung ablehnten, stand der Reichsarbeitsminister vor der Frage, entweder die Satzungsänderung auf Grund des § 132 des Reichsknappschaftsgesetzes selbst vorzunehmen oder die Vertreter der Bergarbeiter durch Vorenthaltung der in der Notverordnung vorgesehenen Zuschüsse des Reiches an die knappschaftliche Pensionsversicherung gefügig zu machen. Den dritten Weg, der ihm von den Vertretern der Bergarbeiter vor der Hauptversammlung gewiesen wurde und der dahin ging, der Knappschaft etwas mehr zukommen zu lassen, als in der Notverordnung vorgesehen war, damit die Leistungsminderung für die Bergarbeiter erträglich würde, hat er bereits vor der Hauptversammlung zu beschreiten abgelehnt. Aus seinem Verhalten nach der Hauptversammlung muss geschlossen werden, dass er entsprechend der Erklärung handeln will, die sein Vertreter in der Hauptversammlung abgegeben hat. Danach erhält die Knappschaft die Zuwendungen des Reiches nicht, wenn die Hauptversammlung nicht freiwillig die Leistungsminderung beschliesst.

Wirtschaft Technik Ganzen

Zellstoff Waldhof.

(Versteifung durch Expansion im Auslande - Auch hier sollen die sozialen Lasten Schuld sein.)

SPD. Wenn man das Kapitel der Kapitalfehlleitungen in der deutschen Wirtschaft erörtert, dessen Bereinigung uns noch bevorsteht, muss man vor allem die Fehlinvestitionen der Zellstoff Waldhof nennen.

Zellstoff Waldhof ist das führende Unternehmen der deutschen Zellstoffindustrie. Diese Industrie steht seit langen Zeiten im Zeichen der Depression. Unter Druck der Schwierigkeiten haben sich sämtliche deutsche Zellstofffabriken zu einem Syndikat zusammenschliessen müssen, das eine Produktionsdrosselung um 15 Prozent durchgeführt hat. Eine weitere Drosselung um 7 Prozent ist geplant.

Die Leidtragenden sind natürlich die Arbeiter. Bei ihnen geht es nicht, wie bei den Aktionären, um eine mehr oder weniger fühlbare Verringerung grosser Gewinne. Hier geht es um die gesamte Existenz, um Sein oder Nichtsein. Was sollen aber diese Leidtragenden, die deutschen Arbeiter sagen, wenn sie, denen man Arbeitslosigkeit und Arbeitseinschränkung auferlegt, von riesigen Erweiterungsanlagen hören, die die Absatzmöglichkeiten der deutschen Zellstoffindustrie ungünstig beeinflussen müssen. Die Zellstoff Waldhof, die unter Absatzschwierigkeiten leidet, eröffnet gerade jetzt ihre finnische Tochtergesellschaft Kexholm mit einer Produktionskapazität von 72 000 Tonnen im Jahre. Da Zellstoff Waldhof selbst über eine Kapazität von 325 000 Tonnen verfügt, bedeutet das einen Kapazitätswachstum von rund 28 Prozent. Ohne Zweifel wird durch Kexholm vorläufig einmal die Absatzmöglichkeit der Muttergesellschaft in Deutschland sehr verengt. Bis jetzt hat die Waldhof einen ziemlich erheblichen Export nach Ost- und Nordeuropa gehabt. Dieser wird nun von der in Betrieb genommenen finländischen Tochtergesellschaft Kexholm ausgeführt.

Dabei hat die Neugründung schweres Geld gekostet. An der Aufbringung des Aktienkapitals von Kexholm in Höhe von 120 Millionen Mark beteiligte sich neben der Waldhof noch eine englische Firma. Die Hauptlast hat aber die Waldhof zu tragen. Sie muss der englischen Gesellschaft eine Anleihe von 500 000 Pfund mit 7 Prozent verzinsen. Weiter garantiert sie den Engländern eine Dividende von 8 Prozent für die Vorzugsaktien.

Zur Deckung der Lasten hat man sich zuerst einmal an den deutschen Kapitalmarkt gewandt. 1928 wurde das Zellstoff-Aktienkapital von 32,5 auf 42,5 Millionen erhöht. Aber mit diesen 10 Millionen konnte man die grossen Expansionspläne natürlich nicht zu Ende bringen; es wurden daher im Verlauf des letzten Jahres recht erhebliche Bankkredite in Anspruch genommen. Ueber das Bankkonto herrscht allerdings keine Klarheit. Aus der Bilanz von 1929 und 1930 ergibt sich eine Zunahme der Bankschulden um fast 20 Millionen (nach dem letzten Ausweis 22,36 Mill., nach dem vorjährigen 2,67 Mill.). - Direktor Frank von der DD Bank, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Zellstoff Waldhof machte nun auf der Generalversammlung darauf aufmerksam, dass die Bilanzangaben zwar zahlenmässig, aber nicht wirtschaftlich stimmten. Denn im vorigen Jahr seien eigentlich bereits 7 Millionen Bankschulden dagewesen, darunter fast 5 Millionen von der Kexholm-Gesellschaft, mit denen man wie mit einem Bankkredit gearbeitet hätte. Als dieses Geld nun abgegeben wurde, musste dafür der eigentliche Bankkredit entsprechend erhöht werden, so dass also bei den 7 Millionen lediglich

eine Verschiebung der Kreditgeber, aber keine Krediterhöhung eingetreten ist. - Diese Erklärung ist schon deswegen interessant, weil sie zeigt, wie wenig von Bilanzaufschlüssen zu halten ist. Im übrigen kann aber auch dieses Zahlenkunststück, das die Bankverschuldung durch Vergrößerung der vorjährigen Schulden geringer erscheinen lässt, nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Finanzlage bei Waldhoff sich erheblich versteift hat. - Denn selbst wenn man annimmt, dass die wirkliche Verschuldung im vorigen Jahr etwa 7 Millionen betragen hat, bleibt immer noch ein Schuldenzuwachs von fast 13 Millionen, während das Bankguthaben sich um 10 Millionen verringert hat.

Zur Aufklärung verweist Herr Frank hier nun auf die bilanzmässige Steigerung der Holz und Rohstofflager von nahezu 12 Millionen M. Auch hier geht also alles ganz glatt auf, zu glatt, wie man bei näherer Ueberlegung sich sagen muss.

Denn einmal ist es auffällig, dass die gesamte Finanzierung des Lagerzuwachses durch Bankkredit erfolgt sein soll; das hat bisher nicht der Gewohnheit des Unternehmens entsprochen und liegt auch den Banken nicht so sehr, die ja seit langem schon gegen übermässig grosse Lagerhaltung ankämpfen und für Lagerkäufe nicht gern Gelder ausleihen. Aber es kann ja sein, dass bei Zellstoff Waldhof eine Zwangslage bestand, die die befreundeten Banken zu grossen Kreditierungen bewog. Denn das Unternehmen hat wohl seine flüssigen Mittel weitgehend eingebüsst, was ja auch aus dem Schwund des Bankguthabens hervorgeht. Nun kann es sein, dass in Verkennung der Konjunktur langfristige Abnahmeverträge geschlossen wurden, für deren Einhaltung fremde Mittel eingesetzt werden mussten. Die wichtige Frage ist aber die: Wohin sind die Bankguthaben abgeflossen? Darüber ist nichts gesagt, ebensowenig über die Kostenüberschreitung beim Kexholmbau und über die durch die Neugründung entstandenen Absatzverluste. Die auffallende Schweigsamkeit über diese drei wichtigen Punkte lässt auf einen gewissen Zusammenhang schliessen. Man kann wohl mit Recht vermuten, dass Kexholm die Hauptursache der nicht wegzufingernden Bilanzversteifung ist.

Ohne Zweifel gehört Kexholm in die grosse Reihe der Fehlinvestitionen, die die deutsche Industrie in Verkennung der eigenen und der gesamten deutschen Wirtschaftskraft getätigt hat. Man begreift schon, wenn die Verwaltung von Waldhof nach einer Rechtfertigung sucht. Diese Rechtfertigung hat im letzten Geschäftsbericht folgenden Wortlaut: "Die steuerlichen und sozialen Belastungen und die Versuche, durch Eingriff in die Arbeitszeitregelung der Arbeitsnot beizukommen, bedrücken mehr denn je die deutsche Industrie. Diesem Entwicklungsgang nach Möglichkeit auszuweichen - - -, war der Sinn unseres finnischen Unternehmens." Das ist sehr deutlich gesagt. Nicht wirtschaftliche Motive waren hier massgebend für die Kapitalflucht - um etwas handelt es sich nicht -, sondern das Bestreben, sich den Verpflichtungen gegenüber der Allgemeinheit zu entziehen. Die Verwirklichung dieses Wunsches hat sich die Verwaltung von Waldhof ein gutes Stück Geld kosten lassen.

SPD. Der Aufsichtsrat der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen in Dortmund (VEW) genehmigte den Abschluss für 1930, der nach 8,4 Millionen Abschreibungen und 2 Millionen Mark besonderen Abschreibungen einen Reingewinn von fast 400 000 Mark vorsieht, die vorgetragen wird. Der Stromsabsatz sank im zweiten Halbjahr um 8 Prozent. Die Rationalisierungsarbeiten wurden damit durch Einnahmeausfälle unwirksam gemacht.

Die gefassten Beschlüsse über das Schicksal der beiden Generaldirektoren Fischer und Krone, die sich mit Geldern der Gesellschaft zu Privatspekulationen hinreissen liessen, weshalb sie vom Dienst entbunden wurden, sind nicht veröffentlicht worden. Jedenfalls hat sich ergeben, dass der noch zuletzt von den beiden Direktoren in ihren Rechtfertigungsschreiben angeschlagene Ton völlig unangebracht war. Krone und Fischer werden aus ihren Aemtern entlassen

werden. Dabei verfährt man äusserst glimpflich. Krone soll in Rücksicht auf sein Alter und seine Verdienste, um die westfälische Elektrizitätswirtschaft pensioniert werden. Fischer erhält ein Uebergangsgeld für sechs Monate, um sich eine neue Stellung zu suchen. Die Milde, die man den beiden angedeihen lässt, ist schier unbegreiflich. Fristlose Entlassung wäre bei dem schweren Missbrauch ihrer Stellung durchaus berechtigt gewesen. Ob noch gegen andere leitende Angestellte Schritte unternommen werden, steht noch nicht fest.

Gute Ernte in Aussicht.

(Berliner Getreidebörse vom 4. Juli)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Sonnabend in sehr matter Haltung. Das ausgezeichnete Wetter und der sehr günstige Saatenstand lassen grosse Hoffnungen hinsichtlich der neuen Ernte aufkommen, sodass sich die Käufer sehr zurückhielten. Andererseits ist das Angebot aus neuer Ernte stärker geworden. Am Markte der Zeitgeschäfte waren Preisrückgänge von etwa 2 Mark beim Weizen und 3 Mark beim Roggen zu verzeichnen. Auch im Effektivhandel konnten sich die Preise nicht behaupten. Hierbei waren im allgemeinen die Umsätze recht gering. Am Mehlmarkt zeigte sich keinerlei Belebung des Geschäftes. Die Kauflust war sehr gering bei unveränderten Forderungen der Mühlen. Hafer hatte eine besonders matte Tendenz und ging bei starkem Angebot und verminderter Kauflust um etwa 3 bis 4 Mark im Preise zurück.

	3. Juli	4. Juli
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	259 - 260	253 - 254
Roggen	210 - 212	207 - 209
Futter- und Industriergerste	172 - 198	168 - 198
Hafer	158 - 163	152 - 158
Weizenmehl	31,25 - 36,50	31,25 - 36,50
Roggenmehl	28,00 - 30,50	27,75 - 30,25
Weizenkleie	12,75 - 13,00	12,75 - 13,00
Roggenkleie	11,50 - 11,75	11,50 - 11,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 255-254½ (Vortag 258) September 226-225½ (227½), Oktober 226½-226 (228). Roggen Juli 188-186½ (190), September 180-179 (181½), Oktober 180-179½ (182½). Hafer Juli 165-163 ½ (170½), September 145 und Brief (147), Oktober 146 und Brief (148½).

SPD. Das Preussische Statistische Landesamt teilt mit, dass die Verteilung von Regen, Sonnenschein und Wärme während des Monats Juni das Wachstum auf dem Acker- und Grünland wesentlich gefördert hat. Die Heuernte sei beendet, der Ertrag befriedigend, die Qualität lasse jedoch zu wünschen übrig.

Wenn 2 gut, 3 mittel und 4 gering bedeutet, ergibt sich für Preussen im Anfang Juli folgende Begutachtung: Winterweizen 2,7 (Juni 2,7), Sommerweizen 2,7 (2,5), Winterroggen 2,0 (3,0) Sommerroggen 3,0 (2,9), Wintergerste 2,7 (2,8), Sommergerste 2,7 (2,6), Hafer 2,7 (2,7), Frühkartoffeln 2,6 (2,8), Spätkartoffeln 2,7 (2,9), Zuckerrüben 3,0 (2,8), Futterrüben 3,0 (2,9), Raps 3,0 (2,9); Klee 2,9 (2,9), Luzerne 2,7 (2,8), Wiesen 2,6 (2,7), Viehweiden 2,6 (2,5)†
